



Verarmung und Konjunktur

Niedrige Einkommen schwächen die Konjunktur

Karlsruher Institut für Wirtschaftsforschung

Karlsruher Institut für
Wirtschaftsforschung – KIWIFO
Nowackanlage 2, D-76137 Karlsruhe
Tel.: +49(721)920303-0

Der Inhalt dieser Schrift darf beliebig in unveränderter Weise und unter Angabe der Quelle vervielfältigt und verbreitet werden.

Verarmung und Konjunktur

Niedrige Einkommen schwächen die Konjunktur

Inhalt

Inhalt	1
1. Einführung	2
2. Die Entwicklung der Besoldung von Bundesbeamten seit 1948.....	3
3. Die Geldmengenentwicklung seit 1948.....	6
3.1. Statistiken über die Geldmengen	6
3.2. Der Vergleich von Beamtenbesoldung und Geldmengen	7
3.3. Verallgemeinerung erlaubt?	10
4. Die Schwächung der Konjunktur	12
5. Zur Vertiefung	13
5.1. Die verschiedenen Arten von Geld	13
5.2. Die Geldmenge – das Maß aller Dinge	15
5.2.1. Vom Einkommen zur Geldmenge des Einzelnen	16
5.2.2. Einkommen als Teil der existierenden Geldmenge	17
5.3. Geldmengenwachstum – das unbekannte Phänomen	19
5.3.1. Wodurch wächst die Geldmenge?	19
5.3.2. Warum wächst die Geldmenge?.....	21
5.3.3. Führt das Geldmengenwachstum zu Inflation?	22
5.3.4. Führt das Schrumpfen der Geldmenge zu Deflation?	23
5.3.5. Wann besteht Preisstabilität?	24
5.3.6. Wird das Geldmengenwachstum staatlich gesteuert?	24
5.4. Einkommen, Geldmengen, -umlaufgeschwindigkeit und Konjunktur ...	28
5.4.1. Die zwei Seiten einer Volkswirtschaft	28
5.4.2. Die Geldumlaufgeschwindigkeit gesamtwirtschaftlich	29
5.4.3. Die Geldumlaufgeschwindigkeit des Einzelnen.....	30
5.4.4. Der Geldfluss einer Volkswirtschaft	33
5.4.5. Geheimnis Konjunktur	36
5.5. Wie erreichen wir „Wohlstand für alle“?	40
5.5.1. Wir brauchen eine „breitgeschichtete Massenkaufkraft“	40
5.5.2. Gefahr der Inflation?	40
5.5.3. Die Gesamtgeldmenge ist unerheblich	41
5.5.4. „Breitgeschichtete Massenkaufkraft“ ja! Aber wie?.....	41
6. Ausblick.....	42

Am Beispiel eines nachweislich niedrigen und keinesfalls außergewöhnlichen Arbeitseinkommens zeigt sich eine maßgebliche Ursache für die zunehmende Schwächung unserer Volkswirtschaft: die wachsende Verarmung der breiten Bevölkerung.

1. Einführung

In unserer Studie „Staatseinnahmen und Geldmenge“ aus dem Jahr 2011¹ verglichen wir das Wachstum der Einnahmen des Bundes seit 1970 mit dem Wachstum der Geldmenge M1. Auch wenn es sich verbietet, eine Flussgröße (Einnahmen) mit einer Bestandsgröße (Geldmenge) gleichzusetzen, konnte unsere Studie zeigen, dass im Laufe der Jahrzehnte die Entwicklung der Einnahmen des Bundes erheblich (und unnötigerweise) hinter dem Geldmengenwachstum zurückblieb, was (ebenso unnötig) zu der gegenwärtigen Staatsverschuldung geführt hat.

In gleicher Weise vergleichen wir nun in der hier vorliegenden Studie die Entwicklung der niedrigsten Besoldung von Bundesbeamten seit der Währungsreform 1948 mit dem Wachstum des umlaufenden Bargelds sowie dem der Geldmengen M1 und M2. Wir vergleichen die Beamtenbesoldung nicht mit anderen Einkommen oder einem statistischen Mittelwert (etwa einem Einkommensmedian), da wir – einmal mehr – das von Ludwig Erhard begründete Postulat der „breitgeschichteten Massenkaukraft“ untersuchen wollen und weil dafür ein Einkommensvergleich ebenso wie der Einkommensmedian ungeeignet sind. So haben wir in einer früheren Studie gezeigt, dass die üblichen Bestimmungen der „Mittelschicht“ etwa mithilfe eines „Einkommensmedians“ eine – möglicherweise sogar beabsichtigte – Täuschung der Bevölkerung über deren wahre, viel zu schwache volkswirtschaftliche Bedeutung zum Ziel haben. Die nun folgende Gegenüberstellung der Beamtenbesoldung mit der Geldmenge pro Haushalt dagegen zeigt beispielhaft und untrüglich, dass wir der Forderung nach einer „breitgeschichteten

Ludwig Erhard schrieb 1957 zu Beginn seines Buchs "Wohlstand für Alle", dass er als sein wichtigstes politisches Ziel **die alte Gesellschaftsstruktur von Arm und Reich beseitigen** und eine Gesellschaft mit "breitgeschichteter Massenkaukraft" erreichen will. Hier seine bemerkenswerten Ausführungen:

"... So wollte ich jeden Zweifel beseitigt wissen, daß ich die Verwirklichung einer Wirtschaftsverfassung anstrebe, die immer weitere und breitere Schichten unseres Volkes zu Wohlstand zu führen vermag. Am Ausgangspunkt stand da der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaukraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden."



Ludwig Erhard

Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet. Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung musste also die Voraussetzungen dafür schaffen, daß dieser einer fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehende Zustand und damit zugleich auch endlich das Ressentiment zwischen 'arm' und 'reich' überwunden werden konnten. Ich habe keinerlei Anlaß, weder die materielle noch die sittliche Grundlage meiner Bemühungen mittlerweile zu verleugnen. Sie bestimmt heute wie damals mein Denken und Handeln."

¹ KIWIFO, Staatseinnahmen und Geldmenge, 10.10.2011, <https://kiwifo.de/staatseinnahmen.htm>.

Massenkaufkraft“ im Laufe der letzten 70 Jahre nicht nähergekommen sind, sondern dass wir uns von diesem Ziel sogar immer weiter entfernt haben. Kaufkraft ist gleichbedeutend mit Geldbesitz. „Breitgeschichtete Massenkaufkraft“ bedeutet eine möglichst breite und gleichmäßige Verteilung des existierenden Geldes innerhalb der Bevölkerung, also eine Verteilung, in der möglichst viele Bürger oder Haushalte Geld etwa in Höhe der mittleren Geldmenge pro Erwachsenen bzw. pro Haushalt besitzen.

Warum der Fokus auf die Besoldung von Beamten? Der Grund ist keineswegs eine besondere Wertschätzung oder Bevorzugung des Beamten. Mit der Betrachtung der Besoldung der Bundesbeamten kommen wir vielmehr in den seltenen Genuss einer authentischen und exakten Datenreihe über die Höhe einer Besoldung seit der Währungsreform 1948, da die Beamtenbesoldung lückenlos im Bundesgesetzblatt nachvollziehbar ist. Für keine andere Berufsgruppe oder Einkommensquelle existiert eine vergleichbar zuverlässige Datenquelle.

Des Weiteren haben wir uns auf die zu allen Zeiten unterste Besoldungsgruppe konzentriert, also auf den am schlechtesten bezahlten Beamten. Nur an dieser Besoldungsgruppe zeigt sich einerseits, welche niedrige Besoldung zur jeweiligen Zeit vom Gesetzgeber gerade noch für zumutbar gehalten wurde, und andererseits, dass auch noch die Bereitschaft von Beamtenanwärtern bestand, sich für diese Besoldung zu verpflichten. Schließlich können wir auch von einer über die lange Zeit gleichbleibende Qualifikation dieser Beamten ausgehen.

Die unterste Besoldungsgruppe ist auch noch aus einem anderen Grund besonders interessant. Wir erinnern an das politische Ziel von Ludwig Erhard, über eine „breitgeschichtete Massenkaufkraft“ die alte soziale Kluft zwischen Arm und Reich beseitigen zu wollen. Ob und gegebenenfalls inwieweit es gelungen ist, die alte soziale Kluft zwischen Arm und Reich zu beseitigen, zeigt sich eher an der Besoldung eines einfachen Beamten als an der eines mittleren oder höheren Beamten.

2. Die Entwicklung der Besoldung von Bundesbeamten seit 1948

Wie schon erwähnt lässt sich die Besoldung der Bundesbeamten seit 1948 dem Bundesgesetzblatt entnehmen. Wir haben die grundlegenden Daten der Internetseite oeffentlicher-dienst.info entnommen und eigene Berechnungen angestellt.² Die unterste Besoldungsgruppe hatte ursprünglich die Bezeichnung A11. Im Jahr 1957 wurde die Nummerierung umgekehrt und die unterste Besoldungsgruppe erhielt die Bezeichnung A1. Im Jahr 2004 wurde A1 aus dem Beamtentum gestrichen, sodass A2 die unterste Gruppe wurde. Diese wurde dann im Jahr 2024 ebenfalls gestrichen.

² Quelle der Daten: <https://oeffentlicher-dienst.info/beamte/bund/a/1930er/>, eigene Berechnungen in https://www.kiwifo.de/index_htm_files/geldmengenwachstum.xlsx Tabelle0c.

Die niedrigste Besoldungsgruppe der Bundesbeamten seit Juli 1948:

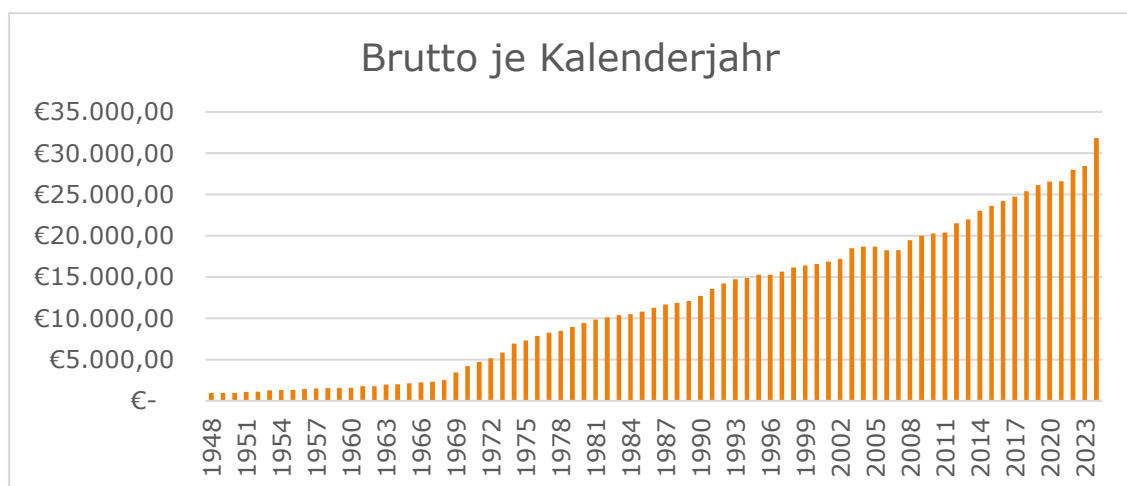
Gültigkeit		Unterste Besoldungsgruppe	Monat		Jahr		Zulage, jährliche Sonderzuwendung, Sonderzahlung	Urlaubsgeld, Sonderzahlung	Jahres-Brutto	
von	bis		Grundgehalt	15, 20, 40, 55 % Zulage, Familienzuschlag	Grundgehalt	15, 20, 40, 55 % Zulage, Familienzuschlag				
01.07.1948	30.09.1950	A11	133,34 DM		1.600,08 DM		300,00 DM		1.900,08 DM	971,50 €
01.10.1950	31.03.1951	A11	133,34 DM		1.600,08 DM		300,00 DM		1.900,08 DM	971,50 €
01.04.1951	30.09.1951	A11	133,34 DM	20,00 DM	1.600,08 DM	240,00 DM	300,00 DM		2.140,08 DM	1.094,21 €
01.10.1951	31.12.1952	A11	133,34 DM	26,67 DM	1.600,08 DM	320,04 DM	300,00 DM		2.220,12 DM	1.135,13 €
01.01.1953	31.03.1953	A11	133,34 DM	26,67 DM	1.600,08 DM	320,04 DM	300,00 DM		2.220,12 DM	1.135,13 €
01.04.1953	31.12.1955	A11	133,34 DM	53,34 DM	1.600,08 DM	640,08 DM	300,00 DM		2.540,16 DM	1.298,76 €
01.01.1956	31.03.1957	A11	133,34 DM	73,34 DM	1.600,08 DM	880,08 DM	300,00 DM		2.780,16 DM	1.421,47 €
01.04.1957	31.05.1960	A 1	250,00 DM		3.000,00 DM				3.000,00 DM	1.533,88 €
01.06.1960	31.12.1960	A 1	267,50 DM		3.210,00 DM				3.210,00 DM	1.641,25 €
01.01.1961	31.12.1962	A 1	288,90 DM		3.466,80 DM				3.466,80 DM	1.772,55 €
01.01.1963	30.09.1964	A 1	315,00 DM		3.780,00 DM		104,99 DM		3.884,99 DM	1.986,36 €
01.10.1964	31.12.1965	A 1	340,00 DM		4.080,00 DM		113,32 DM		4.193,32 DM	2.144,01 €
01.01.1966	30.09.1966	A 1	353,60 DM		4.243,20 DM		117,85 DM		4.361,05 DM	2.229,77 €
01.10.1966	30.06.1967	A 1	367,76 DM		4.413,12 DM		122,57 DM		4.535,69 DM	2.319,06 €
01.07.1967	30.06.1968	A 1	368,40 DM		4.420,80 DM		122,79 DM		4.543,59 DM	2.323,10 €
01.07.1968	31.03.1969	A 1	383,20 DM		4.598,40 DM		153,28 DM	500,00 DM	5.251,68 DM	2.685,14 €
01.04.1969	31.12.1969	A 1	398,00 DM	141,00 DM	4.776,00 DM	1.692,00 DM	269,50 DM	500,00 DM	7.237,50 DM	3.700,47 €
01.01.1970	31.12.1970	A 1	430,20 DM	189,00 DM	5.162,40 DM	2.268,00 DM	309,60 DM	500,00 DM	8.240,00 DM	4.213,05 €
01.01.1971	31.12.1971	A 1	460,38 DM	229,00 DM	5.524,56 DM	2.748,00 DM	459,61 DM	500,00 DM	9.232,17 DM	4.720,33 €
01.01.1972	31.12.1972	A 1	478,80 DM	274,50 DM	5.745,60 DM	3.294,00 DM	502,23 DM	500,00 DM	10.041,83 DM	5.134,31 €
01.01.1973	31.12.1973	A 1	507,57 DM	335,00 DM	6.090,84 DM	4.020,00 DM	842,57 DM	500,00 DM	11.453,41 DM	5.856,04 €
01.01.1974	31.12.1974	A 1	632,08 DM	371,85 DM	7.584,96 DM	4.462,20 DM	1.003,93 DM	500,00 DM	13.551,09 DM	6.928,56 €
01.01.1975	31.01.1976	A 1	670,03 DM	394,16 DM	8.040,36 DM	4.729,92 DM	1.064,19 DM	500,00 DM	14.334,47 DM	7.329,10 €
01.02.1976	31.01.1977	A 1	730,82 DM	418,37 DM	8.769,84 DM	5.020,44 DM	1.149,19 DM	500,00 DM	15.439,47 DM	7.894,08 €
01.02.1977	30.06.1978	A 1	769,60 DM	440,54 DM	9.235,20 DM	5.286,48 DM	1.210,14 DM	500,00 DM	16.231,82 DM	8.299,20 €
01.07.1978	28.02.1979	A 1	804,30 DM	460,37 DM	9.651,60 DM	5.524,44 DM	1.264,67 DM	500,00 DM	16.940,71 DM	8.661,65 €
01.03.1979	29.02.1980	A 1	836,53 DM	478,79 DM	10.038,36 DM	5.745,48 DM	1.315,32 DM	500,00 DM	17.599,16 DM	8.998,31 €
01.03.1980	30.04.1981	A 1	889,29 DM	508,95 DM	10.671,48 DM	6.107,40 DM	1.398,24 DM	500,00 DM	18.677,12 DM	9.549,46 €
01.05.1981	30.06.1982	A 1	927,59 DM	530,84 DM	11.131,08 DM	6.370,08 DM	1.458,43 DM	500,00 DM	19.459,59 DM	9.949,53 €
01.07.1982	30.06.1983	A 1	961,04 DM	549,96 DM	11.532,48 DM	6.599,52 DM	1.511,00 DM	500,00 DM	20.143,00 DM	10.298,95 €
01.07.1983	31.12.1984	A 1	980,32 DM	560,96 DM	11.763,84 DM	6.731,52 DM	1.541,28 DM	500,00 DM	20.536,64 DM	10.500,22 €
01.01.1985	31.12.1985	A 1	1.011,76 DM	578,91 DM	12.141,12 DM	6.946,92 DM	1.590,67 DM	500,00 DM	21.178,71 DM	10.828,50 €
01.01.1986	31.12.1986	A 1	1.047,19 DM	599,17 DM	12.566,28 DM	7.190,04 DM	1.646,36 DM	650,00 DM	22.052,68 DM	11.275,36 €
01.01.1987	29.02.1988	A 1	1.082,86 DM	619,54 DM	12.994,32 DM	7.434,48 DM	1.702,40 DM	650,00 DM	22.781,20 DM	11.647,84 €
01.03.1988	31.12.1988	A 1	1.108,93 DM	634,41 DM	13.307,16 DM	7.612,92 DM	1.743,34 DM	650,00 DM	23.313,42 DM	11.919,96 €
01.01.1989	31.12.1989	A 1	1.124,49 DM	643,20 DM	13.493,88 DM	7.718,40 DM	1.767,69 DM	650,00 DM	23.629,97 DM	12.081,81 €
01.01.1990	28.02.1991	A 1	1.210,63 DM	654,23 DM	14.527,56 DM	7.850,76 DM	1.864,86 DM	650,00 DM	24.893,18 DM	12.727,68 €
01.03.1991	30.04.1992	A 1	1.323,30 DM	693,49 DM	15.879,60 DM	8.321,88 DM	2.016,79 DM	650,00 DM	26.868,27 DM	13.737,53 €
01.05.1992	30.04.1993	A 1	1.394,79 DM	730,94 DM	16.737,48 DM	8.771,28 DM	2.125,73 DM	650,00 DM	28.284,49 DM	14.461,63 €
01.05.1993	31.12.1994	A 1	1.436,70 DM	752,87 DM	17.240,40 DM	9.034,44 DM	2.189,57 DM	650,00 DM	29.114,41 DM	14.885,96 €
01.01.1995	28.02.1997	A 1	1.512,39 DM	792,51 DM	18.148,68 DM	9.510,12 DM	2.189,66 DM		29.848,46 DM	15.261,28 €
01.03.1997	31.12.1997	A 1	2.377,62 DM		28.531,44 DM		2.229,73 DM		30.761,17 DM	15.727,94 €
01.01.1998	31.05.1999	A 1	2.444,66 DM		29.335,92 DM		2.258,62 DM		31.594,54 DM	16.154,03 €
01.06.1999	31.12.2000	A 1	2.515,56 DM		30.186,72 DM		2.258,72 DM		32.445,44 DM	16.589,09 €
01.01.2001	31.12.2001	A 1	2.560,84 DM		30.730,08 DM		2.258,92 DM		32.989,00 DM	16.867,01 €
01.01.2002	31.03.2003	A 1	1.338,14 €		16.057,68 €		1.154,95 €		17.212,63 €	17.212,63 €
01.04.2003	31.03.2004	A 2	1.445,53 €		17.346,36 €		1.218,44 €	332,34 €	18.897,14 €	18.897,14 €
01.04.2004	31.07.2004	A 2	1.459,99 €		17.519,88 €		875,99 €	100,00 €	18.495,87 €	18.495,87 €
01.08.2004	31.12.2005	A 2	1.474,59 €		17.695,08 €		884,75 €	100,00 €	18.679,83 €	18.679,83 €
01.01.2006	31.12.2007	A 2	1.474,59 €		17.695,08 €		442,38 €	125,00 €	18.262,46 €	18.262,46 €
01.01.2008	31.12.2008	A 2	1.571,85 €		18.862,20 €		471,55 €	125,00 €	19.458,75 €	19.458,75 €
01.01.2009	30.06.2009	A 2	1.615,86 €		19.390,32 €		484,76 €	125,00 €	20.000,08 €	20.000,08 €
01.07.2009	31.12.2009	A 2	1.668,00 €		20.016,00 €				20.016,00 €	20.016,00 €
01.01.2010	31.12.2010	A 2	1.688,02 €		20.256,24 €				20.256,24 €	20.256,24 €
01.01.2011	31.07.2011	A 2	1.698,15 €		20.377,80 €				20.377,80 €	20.377,80 €
01.08.2011	31.12.2011	A 2	1.703,24 €		20.438,88 €				20.438,88 €	20.438,88 €
01.01.2012	29.02.2012	A 2	1.744,80 €		20.937,60 €				20.937,60 €	20.937,60 €
01.03.2012	31.12.2012	A 2	1.802,38 €		21.628,56 €				21.628,56 €	21.628,56 €
01.01.2013	31.07.2013	A 2	1.824,01 €		21.888,12 €				21.888,12 €	21.888,12 €
01.08.2013	28.02.2014	A 2	1.845,90 €		22.150,80 €				22.150,80 €	22.150,80 €
01.03.2014	28.02.2015	A 2	1.932,21 €		23.186,52 €				23.186,52 €	23.186,52 €
01.03.2015	31.12.2015	A 2	1.974,72 €		23.696,64 €				23.696,64 €	23.696,64 €
01.01.2016	31.01.2017	A 2	2.018,16 €		24.217,92 €				24.217,92 €	24.217,92 €
01.02.2017	28.02.2018	A 2	2.065,59 €		24.787,08 €				24.787,08 €	24.787,08 €
01.03.2018	31.03.2019	A 2	2.127,35 €		25.528,20 €				25.528,20 €	25.528,20 €
01.04.2019	29.02.2020	A 2	2.193,09 €		26.317,08 €				26.317,08 €	26.317,08 €
01.03.2020	31.03.2021	A 2	2.216,34 €		26.596,08 €				26.596,08 €	26.596,08 €
01.04.2021	31.03.2022	A 2	2.216,34 €		26.596,08 €				26.596,08 €	26.596,08 €
01.04.2022	29.02.2024	A 3	2.370,74 €		28.448,88 €				28.448,88 €	28.448,88 €
01.03.2024		A 3	2.706,99 €		32.483,88 €				32.483,88 €	32.483,88 €

Da die Gültigkeitszeiträume der jeweiligen Besoldung sich nicht immer mit den Kalenderjahren decken, haben wir in der folgenden Tabelle das Jahres-Brutto für das jeweilige Kalenderjahr berechnet:

Jahr	Brutto je Kalenderjahr
<i>Jahres-Brutto für das jeweilige Kalenderjahr berechnet</i>	
1948	971,50 €
1949	971,50 €
1950	971,50 €
1951	1.073,76 €
1952	1.135,13 €
1953	1.257,85 €
1954	1.298,76 €
1955	1.298,76 €
1956	1.421,47 €
1957	1.505,78 €
1958	1.533,88 €
1959	1.533,88 €
1960	1.596,51 €
1961	1.772,55 €
1962	1.772,55 €
1963	1.986,36 €
1964	2.025,78 €
1965	2.144,01 €
1966	2.252,09 €
1967	2.321,08 €
1968	2.504,12 €
1969	3.446,64 €
1970	4.213,05 €
1971	4.720,33 €
1972	5.134,31 €
1973	5.856,04 €
1974	6.928,56 €
1975	7.329,10 €
1976	7.846,99 €
1977	8.265,44 €
1978	8.480,42 €
1979	8.942,20 €
1980	9.457,60 €
1981	9.849,51 €
1982	10.124,24 €
1983	10.399,58 €
1984	10.500,22 €
1985	10.828,50 €

1986	11.275,36 €
1987	11.647,84 €
1988	11.874,61 €
1989	12.081,81 €
1990	12.727,68 €
1991	13.569,22 €
1992	14.220,26 €
1993	14.744,52 €
1994	14.885,96 €
1995	15.261,28 €
1996	15.261,28 €
1997	15.650,16 €
1998	16.154,03 €
1999	16.407,82 €
2000	16.589,09 €
2001	16.867,01 €
2002	17.212,63 €
2003	18.476,01 €
2004	18.672,84 €
2005	18.679,83 €
2006	18.262,46 €
2007	18.262,46 €
2008	19.458,75 €
2009	20.008,04 €
2010	20.256,24 €
2011	20.403,25 €
2012	21.513,40 €
2013	21.997,57 €
2014	23.013,90 €
2015	23.611,62 €
2016	24.217,92 €
2017	24.739,65 €
2018	25.404,68 €
2019	26.119,86 €
2020	26.549,58 €
2021	26.596,08 €
2022	27.985,68 €
2023	28.448,88 €
2024	31.811,38 €

Die Entwicklung dieser Besoldung sehen Sie anschaulich im folgenden Diagramm:



Da es sich hier um die Menge des innerhalb des jeweiligen Kalenderjahres verdienten Geldes handelt (Flussgröße), stellen wir dies im Diagramm mit Säulen dar.

Wir sehen hier eine überwiegend steigende Entwicklung, wobei die Steigerung seit Ende der 1960er Jahre die vorhergehende Steigerung der ersten zwei Jahrzehnte sogar deutlich übertrifft. Man könnte grob von zwei beinahe linearen Entwicklungen sprechen.

3. Die Geldmengenentwicklung seit 1948

3.1. Statistiken über die Geldmengen

Die Deutsche Bundesbank veröffentlicht regelmäßig ihre Erkenntnisse über die Menge des umlaufenden Bargelds³ und über die Geldmengen M1⁴, M2⁵ und M3⁶.

Da wir die Geldmengen und ihre Entwicklung seit 1948 im Hinblick auf den einzelnen Bürger bzw. auf die einzelne Familie betrachten wollen, haben wir die Geldmengen pro Haushalt berechnet.⁷ Die Zahl der Haushalte erhalten wir vom Statistischen Bundesamt und von den Statistischen Landesämtern. Im folgenden Diagramm sehen Sie die Entwicklung des umlaufenden Bargelds und der Geldmengen M1 und M2 (jeweils incl. dem umlaufenden Bargeld) – alle drei Geldmengen sind pro Haushalt berechnet.⁸ Wir sprechen in diesem Zusammenhang auch von einer mittleren Geldmenge bzw. von mittleren Geldmengen.

³ https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/723452/723452?listId=www_spub_b10111213_4&treeAnchor=BANKEN&tsId=BBBK10.M.TXI300&dateSelect=2024.

⁴ https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/723452/723452?listId=www_spub_b10111213_4&treeAnchor=BANKEN&tsId=BBBK10.M.TXI301&dateSelect=2024.

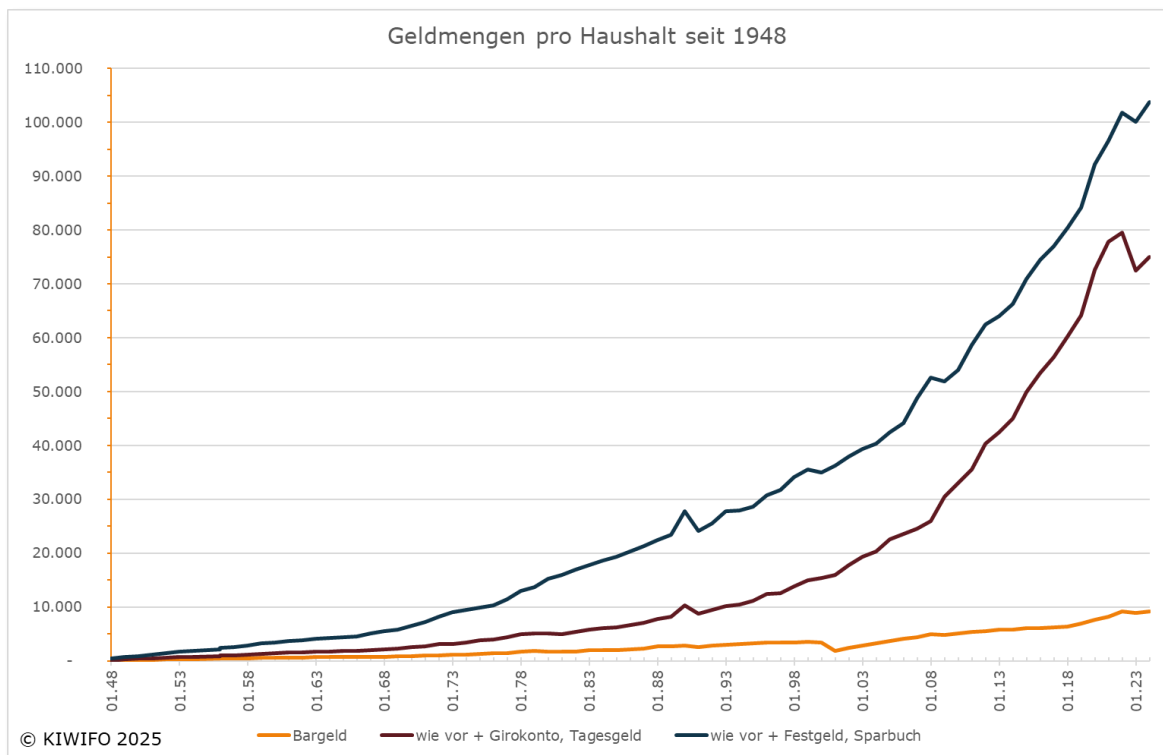
⁵ https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/723452/723452?listId=www_spub_b10111213_4&treeAnchor=BANKEN&tsId=BBBK10.M.TXI302&dateSelect=2024.

⁶ https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/723452/723452?listId=www_spub_b10111213_4&treeAnchor=BANKEN&tsId=BBBK10.M.TXI303&dateSelect=2024.

⁷ Weil uns für den Zeitraum von Ende 1948 bis Anfang 1980 exakte Daten nicht vorliegen, haben wir ein gemittelttes Geldmengenwachstum unterstellt. Der dadurch erzeugte Fehler dürfte nur gering ausfallen.

⁸ Die exakten Werte erhalten Sie in unserer Excel-Tabelle https://www.kiwifo.de/index.htm_files/geldmengenwachstum.xlsx Tabelle0a.

Von 1948 bis heute



Bei den Geldmengen handelt es sich – wie schon erwähnt – um Bestandsgrößen; deshalb stellen wir sie als Linien dar.

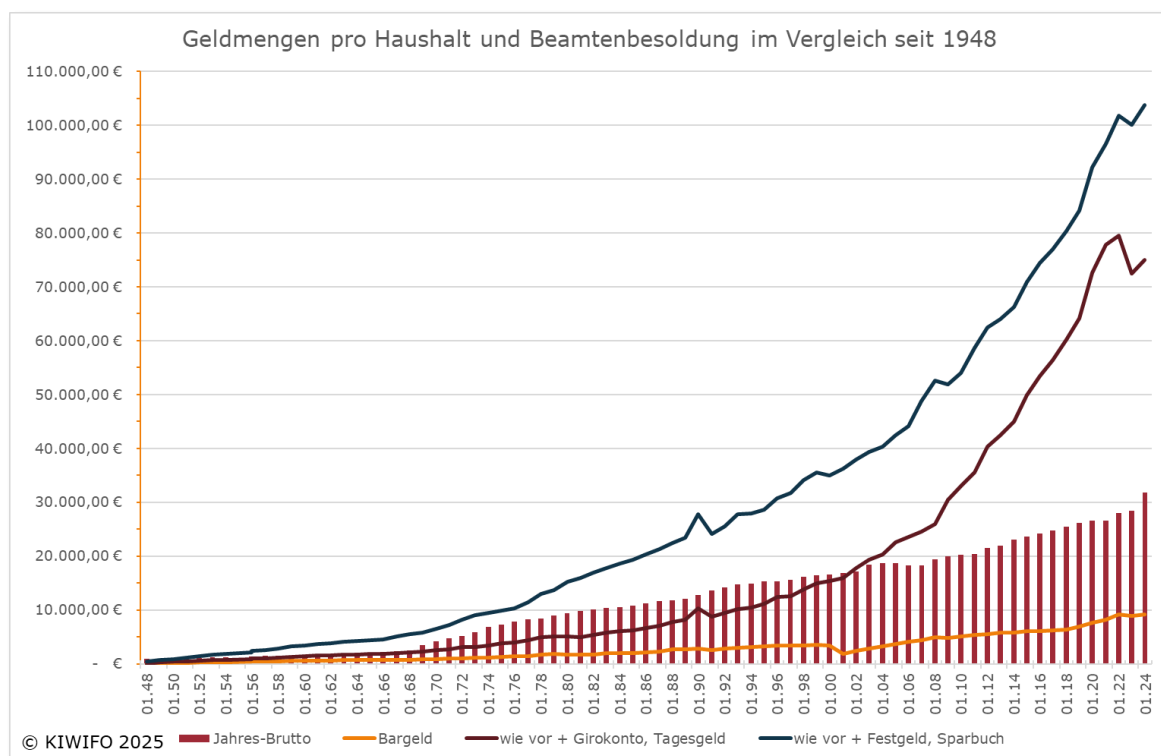
Auffällig ist ein fast lineares Wachstum des umlaufenden Bargelds pro Haushalt, während M1 pro Haushalt und M2 pro Haushalt ab der Wiedervereinigung 1990 bis zum Jahr 2022 immer stärker angestiegen sind. Durch die Wiedervereinigung, die Banken- und Eurokrise der Jahre 2007 bis 2012 und die Corona-Krise sah der Staat bzw. sahen die Politiker sich veranlasst, immer mehr Geld in die Volkswirtschaft zu pumpen. Wie und warum dies genau geschieht, erläutern wir im Anschluss.

Für unser Vorhaben hier ist Folgendes wichtig: Eine „breitgeschichtete Massenkaufoverkraft“ liegt vor, wenn möglichst alle Bürger bzw. Haushalte – jedenfalls annähernd und im zeitlichen Mittel – die zur jeweiligen Zeit existierende Geldmenge pro Haushalt besitzen. Uns interessiert insbesondere, ob unsere Bundesbeamten mit dem niedrigsten Sold sich auf lange Sicht den Geldmengen pro Haushalt annähern oder ob sie sich von diesen entfernen.

3.2. Der Vergleich von Beamtenbesoldung und Geldmengen

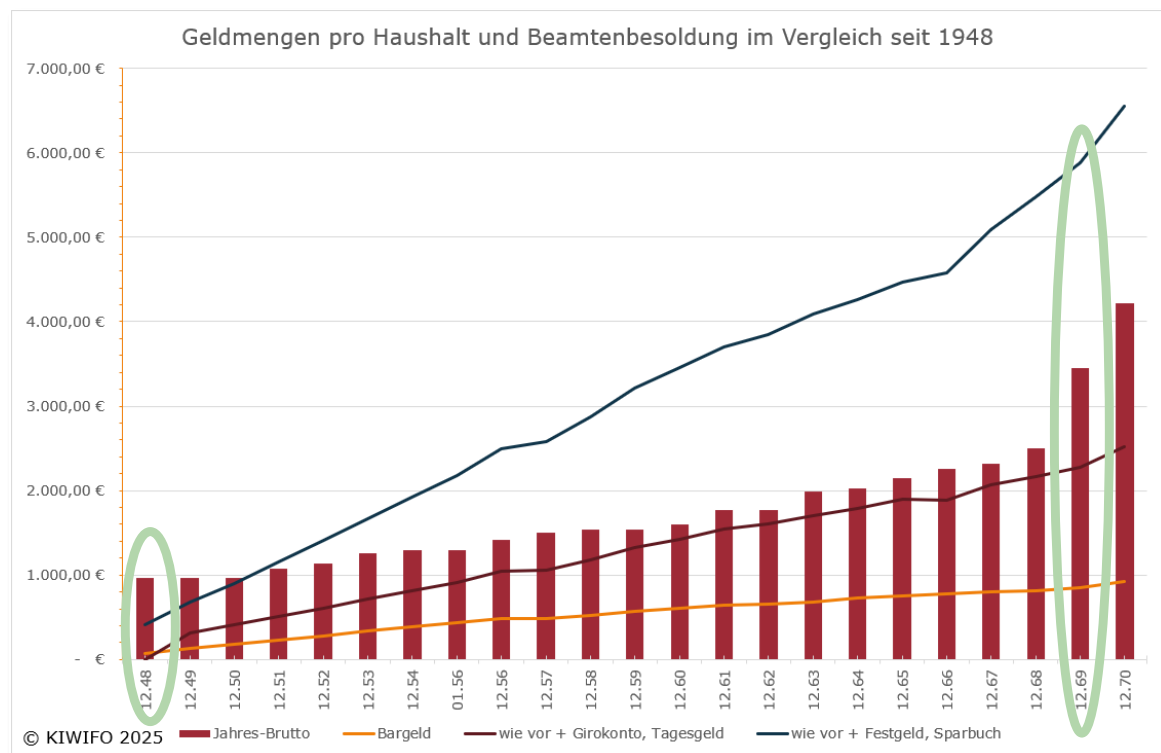
Lassen Sie uns nun die schon ermittelte Entwicklung der Besoldung des „kleinsten“ Bundesbeamten mit dem Geldmengenwachstum pro Haushalt vergleichen! Wir legen beide Diagramme zusammen:

Für die Zeit bis heute:



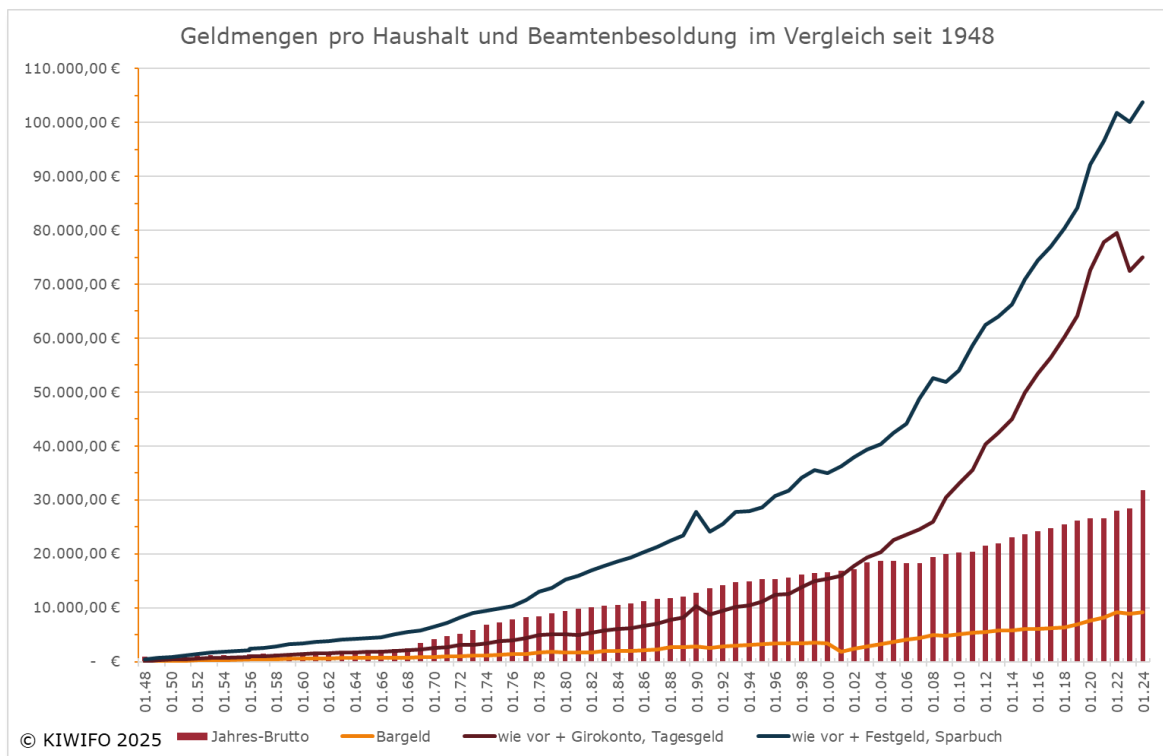
Für die Zeit bis Ende der 1960er Jahre hat es den Anschein, als hätte der Zuwachs der Beamtenbesoldung zumindest mit dem Bargeldwachstum Schritt gehalten. Aber schauen wir doch etwas genauer hin!

Vergrößerung für die Zeit bis zum Jahr 1970:



Ende 1948 lag das Jahres-Brutto der Besoldung etwa doppelt so hoch wie die Geldmenge M2 pro Haushalt (obere Linie: Bargeld + Giro- + Tages- + Festgeldkonto + Sparbuch). Zwanzig Jahre später, also Ende 1968, lag das Jahres-Brutto nur noch etwa halb so hoch wie die Geldmenge M2 pro Haushalt. Das umlaufende Bargeld ist zwar deutlich weniger schnell gewachsen, aber trotzdem stärker als die gezeigte Beamtenbesoldung. Schon damals zeichnete sich also ab, dass ein kleiner Beamter im Laufe der Jahre immer weniger am gesamten Geldbesitz teilhat und dass seine volkswirtschaftliche Bedeutung demzufolge nicht wächst, sondern schwindet.

Zurück zur Gesamtschau bis zum Jahr 2024:



Ende der 1960er Jahre steigerte sich der Zuwachs der Besoldung gegenüber den 20 Jahren zuvor deutlich und folgte mehrere Jahre lang dem Geldmengenwachstum von M2 pro Haushalt. Ab Mitte der 1970er Jahre flachte der Besoldungszuwachs zunächst wieder leicht ab und verlief anschließend annähernd linear weiter. Die Geldmengen M1 und M2 dagegen wuchsen immer stärker an (mit Ausnahme im Jahr 2023).

Schauen wir uns die Entwicklungen noch einmal unter einem anderen Blickwinkel an.

In den nebenstehenden Diagrammen bilden die jeweiligen Geldmengen (Bargeld, M1 und M2) pro Haushalt die 100 %-Linie. Das oben ermittelte Brutto eines jeden Jahres wird relativ zur Geldmenge in Säulen dargestellt.

Der Vergleich mit der Bargeldmenge bestätigt unsere Feststellung oben, dass das Brutto halbwegs die Entwicklung der Bargeldmenge nachvollzogen hat.

Im Vergleich mit M1 und mit M2 jedoch ist das Brutto seit den 1970er Jahren stetig gefallen.

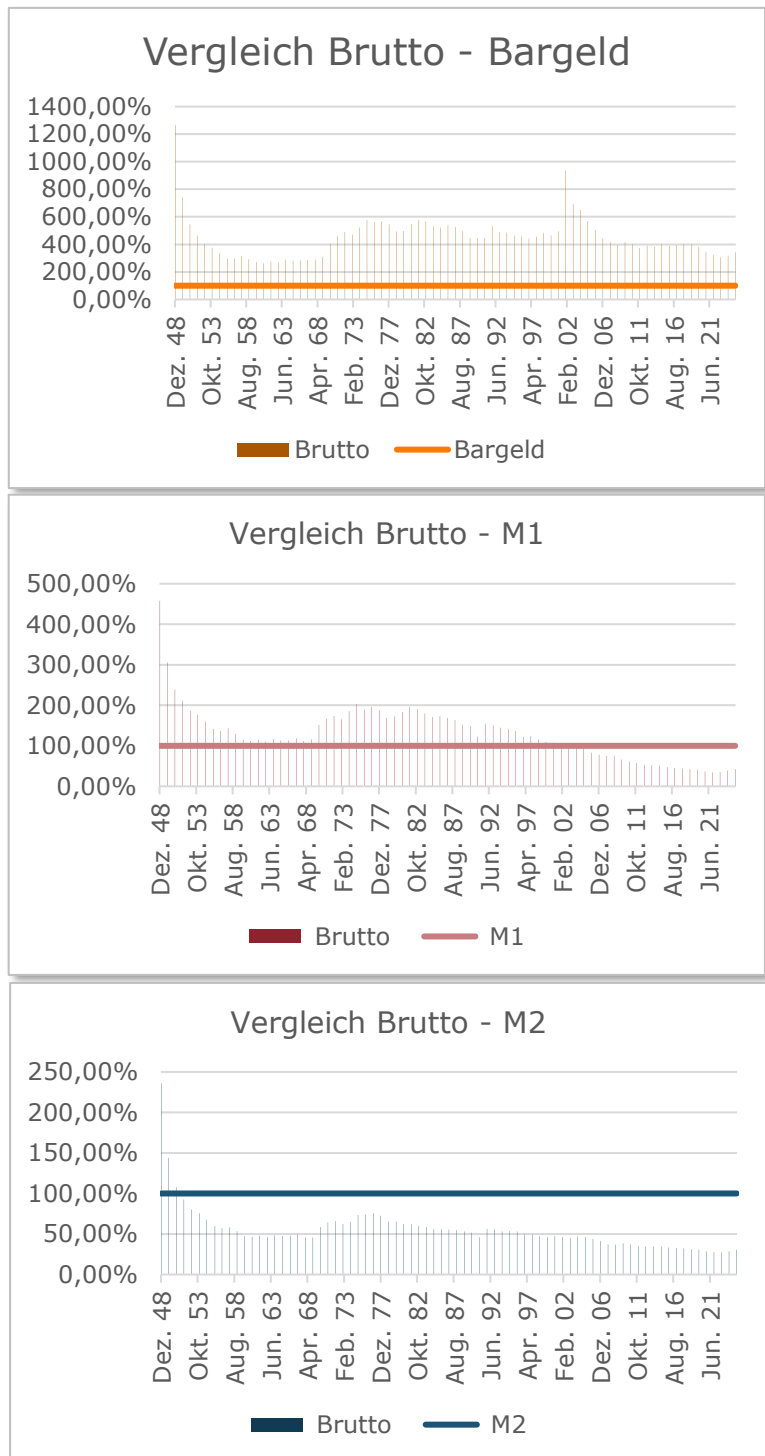
Alle drei Diagramme zeigen einheitlich den deutlichen Rückgang des Brutto von 1948 bis Anfang der 1960er Jahre.

In der Gesamtschau können wir feststellen, dass die Besoldung des untersten Bundesbeamten sich den Größenordnungen der Geldmengen pro Haushalt nicht angenähert hat, sondern dass sie diesen gegenüber immer kleiner wurde.

Das hohe politische Ziel von Ludwig Erhard, durch eine „breitgeschichtete Massenkaufkraft“ die alte Kluft zwischen Arm und Reich zu beseitigen, geht bis heute jedenfalls an den Bundesbeamten in der niedrigsten Besoldungsgruppe deutlich vorbei.

3.3. Verallgemeinerung erlaubt?

Ist es nun erlaubt, die aufgezeigte Entwicklung und Situation des Bundesbeamten zu verallgemeinern und daraus gar den Schluss zu ziehen, dass ein überwiegender Teil der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland im Laufe der vergan-

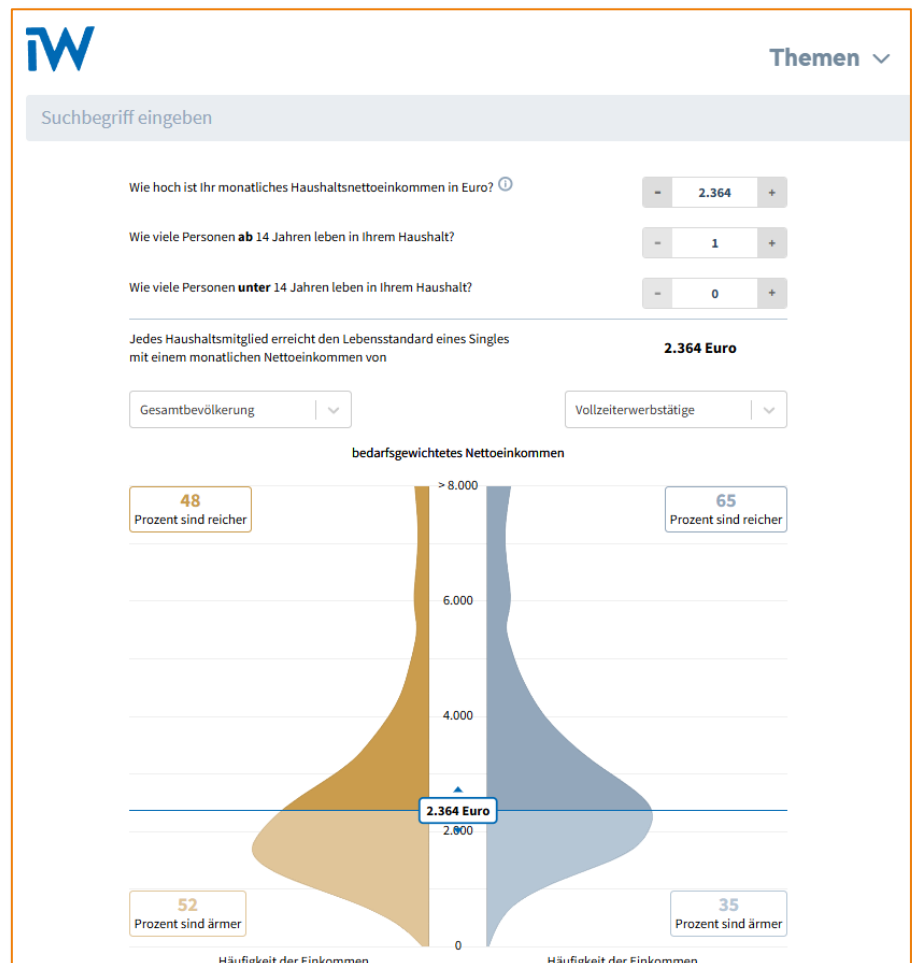


genen Jahrzehnte immer weniger am existierenden Geldfluss partizipiert? Können wir schlussfolgern, dass das Ziel der „breitgeschichteten Massenkaufkraft“ immer weiter in die Ferne gerückt ist? Oder müssen wir im Gegenteil sagen, dass unsere Bundesbeamten mit A11, A1 und heute A3 eher die Ausnahme sind, während das Gros der Bevölkerung heute schon Teil der „breitgeschichteten Massenkaufkraft“ geworden ist?

Eine inzwischen schon ältere Studie aus dem Jahr 2003 belegt anhand von Einkommensteuerstatistiken, dass die Einkommen von 95 % aller Steuerzahler – wenn man sie mit der Geldmenge M1 vergleicht – von 1974 bis 1998, also innerhalb von nur 24 Jahren, um rund 70 % des Wertes von 1974 gefallen waren.⁹ Danach erfüllt unser Beamter keine Ausnahme, sondern die Regel.

Ganz aktuell ist dagegen die Veröffentlichung des IW Köln, „Wer zur Oberschicht gehört: Ab diesem Einkommen gilt man als reich“, vom 25.03.2025¹⁰ mit einem

Online-Rechner, der Ihnen zeigt, wo Sie sich mit Ihrem Nettoeinkommen (= Bruttoeinkommen – Einkommensteuer) im Vergleich zu anderen (angeblich) befinden. Unser Bundesbeamter mit A3 mit einem Bruttoeinkommen von zuletzt monatlich 3.706,99 € hat abzüglich Einkommenssteuer von monatlich 342,50 € netto noch 2.364,49 €. ¹¹ Nach Auffassung des IW Köln ist unser Bundesbeamter mit diesem Einkommen wie folgt angesiedelt:



Danach sind 52 % der Gesamtbevölkerung ärmer und nur 48 % reicher als unser Beamter! Nach

⁹ Harald Wozniowski, Die Einkommensentwicklung steht Kopf, <http://www.meudalismus.dr-wo.de/html/einkommen.htm>.

¹⁰ <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/judith-niehues-maximilian-stockhausen-ab-diesem-einkommen-gilt-man-als-reich.html>.

¹¹ Siehe https://oeffentlicher-dienst.info/c/t/rechner/beamte/bund/a?id=beamte-bund-2024&q=A_3&s=0&f=0&z=100&fz=100&zulage=&stj=2025&stkl=1&r=0&zkf=0&pvk=0.

Ansicht des IW Köln ist unser Beamter mitten in der Mittelschicht angesiedelt. Ob er eine mittlere Geldmenge (die Geldmenge pro Haushalt) besitzt, ist dem IW Köln egal. Indes ist die Bestimmung der Mittelschicht anhand eines Einkommensmedians nicht richtig und täuscht – wie wir bereits in unserer früheren Studie¹² nachgewiesen haben – nur über die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse hinweg.

Umgekehrt bestätigt das IW Köln mit der gezeigten Grafik aber, dass der Großteil der Bevölkerung das Schicksal unseres Beamten teilt und sich mit seinem Einkommen immer weiter von der mittleren Geldmenge entfernt hat, also trotz angeblicher Zugehörigkeit zur (angeblichen) Mittelschicht immer weniger Kaufkraft besitzt.

4. Die Schwächung der Konjunktur

Was bedeutet es für die Konjunktur eines Landes, wenn ein Teil seiner Bürger am Ende eines Monats kein Geld mehr zur Verfügung hat? Ganz einfach und klar: Diese Bürger geben kein Geld mehr aus. Unternehmer im Umfeld dieser Bürger (der Kaufmann, der Frisör, der Handwerker, der Landwirt usw.) bekommen ihre angebotenen Leistungen nicht mehr an diese Bürger verkauft; ihre Umsätze gehen zurück. „Ohne Moos, nix los!“ Der mangelnde Umsatz zwingt die Unternehmen zum Sparen; Arbeitsplätze werden abgebaut oder geplante erst gar nicht eingerichtet. Zulieferbetriebe der Unternehmen (auch solche für Investitionsgüter) haben folglich ebenfalls das Nachsehen. Das Gleiche gilt aber auch schon für viele Bürger, die zwar noch etwas Geld übrighaben, aber zur Sicherheit ihre weiteren Ausgaben stoppen. Auch hier haben die potenziellen Unternehmer das Nachsehen. Solche Bürger, die mangels Gelds ihre Ausgaben einschränken, sind volkswirtschaftlich gesehen keine vollwertigen Wirtschaftsteilnehmer.

Nur jene Bürger, die ein so hohes Einkommen haben und demnach so viel Geld besitzen, dass sie sich „jeden Wunsch erfüllen“, sind vollwertige Wirtschaftsteilnehmer, also solche, die bei den Unternehmen maximal für Umsatz sorgen. Natürlich sind es – ökonomisch gesehen – auch zufriedene Bürger. Dies sind Bürger mit einer mittleren Geldmenge! Es sind Bürger, die über den Monat oder übers Jahr gemittelt in etwa die pro Haushalt existierende Geldmenge besitzen (M1 ebenso wie M2). Und es sind die Bürger, die ein Land für eine „breitgeschichtete Massenkaukraft“ im Sinne von Ludwig Erhard und für ein Wirtschaftswunder braucht!

Wenn aber nun – wie oben gezeigt – ein Großteil der Bürger weniger als die mittlere Geldmenge besitzt, muss es dann logischerweise nicht auch solche Bürger geben, die mehr oder auch sehr viel mehr als die mittlere Geldmenge besitzen? Richtig, die gibt es auch! Und würden die denn nicht für den Umsatz bei den Unternehmern sorgen, der oben bei anderen Bürgern mit zu wenig Geld verloren

¹² KIWIFO, Breitgeschichtete Massenkaukraft, 12.06.2010, <https://kiwifo.de/massenkaukraft.htm>.

gegangen ist? Nein, das passiert nicht. Warum sollte sich jemand mehr kaufen, als er sich zu kaufen wünscht! Stellen Sie sich vor, Sie hätten jedes Jahr ein Einkommen in Höhe von einer Milliarde Euro. Diese Leute gibt es tatsächlich – auch in Deutschland. Wofür wollten Sie das Geld ausgeben? Sie schaffen es vielleicht gerade so, für Ihren privaten Luxus (Villen, Autos, Kleidung, Kunst, Personal usw.) eine Million Euro im Jahr auszugeben. Was machen Sie mit den übrigen 999 Millionen Euro jedes Jahr? Sich ein gutes Unternehmen kaufen? Aber wer verkauft schon ein gutes Unternehmen. Etwa im Ausland? Vielleicht, aber wir fragen ja nicht nach der Konjunktur im Ausland, sondern nach der bei uns in Deutschland. Ein neues Unternehmen gründen? In einem Land, in dem viele Bürger nur eine unterdurchschnittliche Kaufkraft besitzen? Dann können diese reichen Bürger ihr Geld auch gleich zum Fenster hinauswerfen, damit es andere aufheben und benutzen. Das geschieht aber nicht. Das Geld bleibt also größtenteils in den Kassen bzw. auf den Bankkonten der reichen Bürger liegen. Dass jemand so viel Geld so schnell einnimmt, dass er es (sinnvoll) gar nicht mehr ausgeben kann und dass daher das Geld bei ihm liegenbleibt, nennt sich „Meudaleffekt“.¹³ Er ist neben dem Geldmangel bei vielen Bürgern der zweite wesentliche Grund für eine Schwächung der Konjunktur. Wäre es nicht so, würden die Reichen also ihr Geld so schnell ausgeben, dass sie nur noch eine mittlere Geldmenge besäßen, dann würde das Geld sich ja logischerweise auf die gesamte Bevölkerung so verteilen, dass jeder Haushalt (bzw. Erwachsene) eine mittlere Geldmenge besäße! Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Insgesamt müssen wir zu dem Schluss kommen, dass die Konjunktur umso weiter sinkt, je mehr Bürger keine so ausreichende Kaufkraft besitzen, um sich alle (bezahlbaren) Wünsche erfüllen zu können. Die Konjunktur leidet umso stärker, je mehr Bürger weniger als die mittlere Geldmenge besitzen und je weiter deren Geldbesitz unter der mittleren Geldmenge pro Haushalt bzw. Erwachsenen liegt.

Das Postulat von Ludwig Erhard, für eine „breitgeschichtete Massenkaukraft“ zu sorgen, ist folglich richtig und sollte bei den wirtschaftspolitischen Zielen eines Landes an oberster Stelle stehen!

5. Zur Vertiefung

5.1. Die verschiedenen Arten von Geld

In Anlehnung an die Deutsche Bundesbank unterscheiden wir die verschiedenen Geldmengen Bargeld und Bankgeld, genauer: „**umlaufendes Bargeld**“, **M1**, **M2** und **M3**.¹⁴ Bargeld und Bankgeld sind Geld im wirtschaftlichen Sinne.

¹³ Harald Wozniowski, Wenn das Geld fließt wie der Nil in der Wüste (Die Nilwirtschaft), 2002, <https://www.meudalismus.dr-wo.de/html/nil.htm#2>.

¹⁴ Siehe <https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/startseite/glossar/723820/glossar?firstLetter=G&contentId=648614#anchor-648614>.

Das **Bargeld** (Münzen und Banknoten¹⁵, früher D-Mark, heute Euro) ist jedem geläufig. Die Deutsche Bundesbank weiß zwar sehr genau, wie viel Bargeld jemals hergestellt wurde. Sie weiß aber nicht genau, wie viel davon verloren gegangen oder (falls nicht von ihr selbst) vernichtet worden ist. Sie weiß auch nur ungefähr, wie viel Bargeld von Deutschland ins Ausland oder umgekehrt vom Ausland nach Deutschland verbracht worden ist.

Aufgrund der gesetzlichen Aufgabe, für Preisstabilität zu sorgen, sind die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank (EZB) weniger an der gesamten Bargeldmenge interessiert als vielmehr an der nur **im Umlauf befindlichen Bargeldmenge**. Gemeint ist damit die Bargeldmenge, die sich außerhalb der Kassen und Tresore der Zentralbanken und der Kreditinstitute befindet. Denn vom insgesamt existierenden Bargeld ist nur das – im Umlauf befindliche – Bargeld für den volkswirtschaftlichen Handel in Gebrauch. Die Deutsche Bundesbank wird deshalb monatlich von allen Kreditinstituten über deren Bargeld-Kassenbestände informiert und kann so die Menge des umlaufenden Bargelds mit o.g. Beschränkungen bestimmen.

Eine andere Form des Geldes ist das **Bankgeld**. Hierzu zählen zunächst Girokontoguthaben und das Tagesgeld bei einem Kreditinstitut. Rechtlich handelt es sich zwar (nur) um eine Forderung des Kunden gegen seine Bank oder Sparkasse (genauer: um einen Anspruch auf Auszahlung von Bargeld). Wegen der Verwendung des Guthabens eines Girokontos oder auch eines Kreditrahmens zur Bezahlung hat das Girokonto volkswirtschaftlich schon seit Jahrzehnten eine größere Bedeutung als das umlaufende Bargeld. Dem Girokontoguthaben ist ökonomisch das Tagesgeld gleichgestellt, da es vom Kunden (werk-)täglich abgerufen werden kann. Guthaben auf Girokonten und auf Tagesgeldkonten sind sogenannte Sichtguthaben. Wegen der enormen Bedeutung für die Volkswirtschaft und für den nationalen und internationalen Geldfluss beobachtet die Deutsche Bundesbank ständig die Gesamtmenge der Sichteinlagen in Deutschland. Sichteinlagen werden als **Geldmenge M1** bezeichnet.¹⁶ Wir zählen – wie früher auch die Deutsche Bundesbank – das umlaufende Bargeld mit zur Geldmenge M1.

Wie Sie wissen, können Sie bei Ihrer Bank oder Sparkasse auch Sparkonten (Sparbücher) und Festgeldkonten einrichten und darauf „Geld“ einzahlen. Da diese Guthaben nicht beliebig, d.h. nicht sofort, abgerufen werden können, sondern (überwiegend) nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist oder gegen Entrichtung von Vorfälligkeitszinsen, sind sie für den Zahlungsverkehr in der Volkswirtschaft nur indirekt von Interesse. Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei

¹⁵ Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel, § 14 Abs. 1 Satz 2 BbankG. https://www.gesetze-im-internet.de/bbankg/_14.html.

¹⁶ Bis zum Jahr 2002 zählte die Deutsche Bundesbank in ihren Statistiken auch das umlaufende Bargeld zu M1.

Jahren und Einlagen mit einer Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten zählt die Deutsche Bundesbank (zusammen mit der Geldmenge M1) zur **Geldmenge M2**.¹⁷

Es gibt auch noch die sogenannte **Geldmenge M3**¹⁸, die für unsere Untersuchung aber weniger interessant ist.

Zum Geld zählen dagegen nicht andere Vermögenswerte, die andernorts gerne auch als Geldvermögen bezeichnet werden, wie zum Beispiel Rentenansprüche, Versicherungsansprüche, Aktien, Anleihen oder andere Wertpapiere. Auch Geldschulden zählen nicht zum Geld. Dies sind Verbindlichkeiten / Schulden, aber keine Zahlungsmittel.¹⁹

Wir zählen in dieser Studie auch **nicht Geld in fremder Währung** zum Geld, weil auch die Statistiken der Deutschen Bundesbank zum umlaufenden Bargeld und zu M1, M2 und M3 Fremdwährungen nicht umfassen (also auch nicht unsere hier berechneten Geldmengen pro Haushalt).

5.2. Die Geldmenge – das Maß aller Dinge

Wir haben oben die Geldmenge(n) gebraucht, um zu entscheiden, ob unser Bundesbeamter mit seiner Besoldung zu den Gewinnern oder zu den Verlierern in unserer Volkswirtschaft gehört bzw. ob er dem Ziel der „breitgeschichteten Massenkaufkraft“ nähergekommen ist oder nicht.

Dabei ist bei unserer Betrachtung eine logische Lücke offengeblieben. Denn wir haben (noch) nicht geklärt, inwieweit die (monatlichen oder jährlichen) Einkommen des Bundesbeamten zu einem bestimmten (monatlich oder jährlich gemittelten) Geldbesitz führen. Theoretisch könnte der Beamte auch mit seinem Einkommen jahrelang Geld in Höhe der Geldmenge M2 pro Haushalt besessen haben – beispielsweise aufgrund einer entsprechend hohen anfänglichen Erbschaft, die er nicht angerührt (ausgegeben) hatte. Ohne einen solchen anfänglichen Bonus können wir nur aus eigener Erfahrung mutmaßen, dass er die in den jeweiligen Jahren existierenden Geldmengen pro Haushalt allein mit seinem geringen Einkommen nie erreicht hätte. Sicher ist oben allerdings zu sehen, dass die Geldmengen pro Haushalt in der Regel schneller gestiegen waren als sein Einkommen.

Wir haben es hier mit demselben Problem zu tun, das wir eingangs bereits erwähnt haben, dass man nämlich Bestandsgrößen und Flussgrößen nicht direkt miteinander vergleichen kann. Bestandsgrößen sind zeitpunktbezogen und geben einen Stand an einem bestimmten Zeitpunkt an (Geldmengen und Geldmengen pro Haushalt), während Flussgrößen auf Zeitintervalle bezogen sind und die

¹⁷ <https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/startseite/glossar/723820/glossar?firstLetter=G&contentId=652350#anchor-652350>.

¹⁸ <https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/startseite/glossar/723820/glossar?firstLetter=G&contentId=652370#anchor-652370>.

¹⁹ Ausnahme: Zahlungsverbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber Nichtbanken im Sinne von M1/M2/M3 sind natürlich Geld.

Veränderung innerhalb eines bestimmten Zeitraums messen (Monats- und Jahreseinkommen brutto und netto).

5.2.1. Vom Einkommen zur Geldmenge des Einzelnen

Zwischen einem Einkommen eines Bürgers und der u.a. daraus resultierenden Geldmenge dieses Bürgers besteht aber eine Beziehung, die wir uns ein wenig genauer anschauen möchten.

Das Einkommen eines Bürgers erhöht seinen Geldbesitz mit jedem Zahlungseingang. Durch seine Ausgaben sinkt sein Geldbesitz wieder. Seine Ausgaben steigern natürlich den Geldbesitz von anderen – und umgekehrt. Denn Geld verbrennt nicht, wenn es ausgegeben wird; es wechselt nur seinen Besitzer (Eigentümer). Das sind alles Selbstverständlichkeiten.

Einkommen kann sehr unterschiedlich sein. Ein Arbeitnehmer oder Beamter erhält heutzutage in der Regel einmal im Monat sein Einkommen in einer Summe bezahlt. Der Betreiber eines Kiosks beispielsweise erhält sein Einkommen dagegen (hoffentlich) an jedem Tag, an dem er geöffnet hat, in kleinen Beträgen für den Verkauf seiner Waren. Auch ein Vermieter bekommt die Miete in der Regel einmal monatlich, der Aktienbesitzer eine Dividende dagegen nur einmal jährlich (wenn überhaupt).

Klar ist auch, dass Geld, welches nicht ausgegeben, sondern „gespart“ wird, den Geldbesitz des Betreffenden zusammen mit weiteren Zahlungseingängen aus dem Einkommen immer weiter erhöht. Umgekehrt ist auch klar, dass jedermann, der seinen Lebensunterhalt – und vielleicht auch den seiner Familie – bestreiten muss, dafür Geld ausgeben wird und dass der womöglich einmal vorhandene Geldbesitz immer kleiner wird, wenn die laufenden Ausgaben höher sind als die laufenden Einnahmen. Es besteht also ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Höhe des Einkommens und der Höhe der (notwendigen) Ausgaben einerseits und dem daraus resultierenden Geldbesitz andererseits.

Unseren (aktuellen) **Geldbesitz ermitteln** wir ganz einfach, indem wir (heute) unser gesamtes Bargeld sowie unsere (aktuellen) Kontoguthaben bei Kreditinstituten (Giro-, Tagesgeld, Festgeld- und Sparkonten) zusammenzählen. Dabei können wir auch separieren nach den Geldmengen Bargeld, M1 und M2. Sind wir alleiniger Inhaber eines Unternehmens, zählen wir auch das Geld des Unternehmens hinzu. Sind wir nur Teileigentümer eines Unternehmens (beispielsweise als Aktionär) zählen wir nur den auf uns entfallenden Anteil des Geldes. Streng genommen müssten wir so auch mit dem Geld im Eigentum von Vereinen und Wohnungseigentumsgemeinschaften verfahren, in denen wir Mitglied sind. Weil wir unseren Geldbesitz mit den Geldmengen pro Haushalt vergleichen wollen, zählen wir auch den Geldbesitz der Familienangehörigen hinzu, die in unserem Haushalt leben. Als Summen erhalten wir die Geldmengen Bargeld, M1 und M2 unseres Haushalts, die wir mit den aktuellen (den zuletzt ermittelten) Geldmengen pro Haushalt in Deutschland vergleichen können.

Weil sich unser Geldbesitz mit jeder Einnahme und jeder Ausgabe der Höhe nach verändert, während die Gesamtgeldmengen in Deutschland und damit auch die Geldmengen pro Haushalt über einen Monat hinweg vergleichsweise konstant bleiben, ist es sinnvoll, den **Mittelwert unserer Geldbesitzes in einem Monat** (oder Jahr) zu **berechnen**. Ein besonders hoher Geldbesitz unseres Bundesbeamten oben direkt nach Eingang seiner Bezüge ist ebenso wenig aussagekräftig wie sein Geldbesitz unmittelbar vor Eingang der Bezüge. Falls wir unterstellen, dass jemand mit einem monatlichen Einkommen sein Geld über den Monat hinweg völlig gleichmäßig ausgibt, er (bei Zahlungseingang am 1.d.M. oder am Ultimo) folglich in der Mitte des Monats seinen Mittelwert erreicht, können wir den Mittelwert auch aus Geldbesitz vor Zahlungseingang und Geldbesitz nach Zahlungseingang berechnen und mit den Geldmengen pro Haushalt vergleichen. Wenn wir unseren durchschnittlichen Geldbesitz eines Monats ganz genau berechnen wollen, zählen wir alle Geldbesitzbeträge am Ende (gerne auch am Anfang) eines jeden Tages dieses Monats zusammen und teilen die Summe(n) durch die Tage dieses Monats. Mit diesem Mittelwert bzw. diesen Mittelwerten (bar, M1 und M2) haben wir den genauesten Vergleich mit den statistischen Geldmengen pro Haushalt.²⁰

Halten wir folgende wichtige Fragen fest:

Erreicht ein Bürger mit seinem Einkommen den Besitz einer mittleren (pro Haushalt oder Erwachsenen existierenden) Geldmenge?
Ist es ihm gelungen, Teil der Mittelschicht zu werden?
Oder ist er in Wahrheit Teil der (kaufkraftbefreiten) Unterschicht?

5.2.2. Einkommen als Teil der existierenden Geldmenge

Die Beziehung zwischen dem Einkommen eines Bürgers zur existierenden Geldmenge können wir aber auch noch unter einem anderen Blickwinkel betrachten.

Das Einkommen ist, sofern es – wie in aller Regel – in Geld bezahlt wird, immer ein Teil der existierenden Geldmenge. Wir können die Größe dieses Anteils als Prozentsatz der existierenden Geldmenge berechnen.

Beispiel:

Geldmenge M1 incl. umlaufendem Bargeld Ende Februar 2025:

3.109.584.000.000 €²¹

Monatliches Einkommen: 4.000 €

Anteil: $4.000 \text{ €} / 3.109.584.000.000 \text{ €} = 0,0000001286 \text{ %}$

²⁰ Eine Beispielsrechnung erhalten Sie in KIWIFO, Breitgeschichtete Massenkaufkraft, 12.06.2010, <https://kiwifo.de/massenkaufkraft.htm>, S. 4 f., 22 f.

²¹ Stand Februar 2025, https://www.kiwifo.de/index.htm_files/geldmengenwachstum.xlsx Tabelle0.

Sie werden nun fragen, welchen praktischen Nutzen diese Überlegung hat – zumal man Mühe hat, sämtliche Nullen in dieser Rechnung zu erfassen. Wie Sie oben gesehen haben, sind die Geldmengen in der Bundesrepublik Deutschland seit der Währungsreform 1948 enorm gewachsen. Die Einkommen der allermeisten Bürger sind zwar ebenfalls gewachsen, aber längst nicht so stark wie die Geldmengen. Und dabei sind oft Beförderungen oder Arbeitsplatzwechsel ursächlich und nicht bloß – wie bei unserem Bundesbeamten – Lohnerhöhungen. Wenn Sie allein Ihr Einkommen im Blick haben, werden Sie nicht feststellen können, ob Sie mit Ihrem Einkommen in unserer Volkswirtschaft im Laufe der Zeit eine immer größere, eine gleichbleibende oder gar eine immer kleinere Bedeutung erlangt bzw. erhalten haben.

Um bei unserem Beispiel oben zu bleiben: Nehmen wir einmal an, die Person mit jetzt 4.000 € Monatseinkommen hatte vor genau zehn Jahren, also im Februar 2015, ein Monatseinkommen in Höhe von 3.000 €. Ist die wirtschaftliche Bedeutung dieser Person für unsere Volkswirtschaft in diesen zehn Jahren gewachsen, gleichgeblieben oder gesunken? Dieselbe Frage anders ausgedrückt: Ist die Kaufkraft dieser Person gegenüber der gesamten Kaufkraft sämtlicher Wirtschaftsteilnehmer in unserer Volkswirtschaft in diesen zehn Jahren gewachsen, gleichgeblieben oder gesunken? Da das Einkommen in zehn Jahren um ein Drittel gewachsen ist, würde man leicht annehmen, dass die wirtschaftliche Bedeutung bzw. die Kaufkraft gewachsen sei. Der Betreffende wird sicherlich sogar stolz auf seinen Einkommenszuwachs sein und sich zu den Gewinnern in unserer Volkswirtschaft zählen. Tatsächlich ist seine wirtschaftliche Bedeutung gesunken:

Geldmenge M1 incl. umlaufendem Bargeld Ende Februar 2015:

1.839.908.000.000 €²²

Monatliches Einkommen: 3.000 €

Anteil: $3.000 \text{ €} / 1.839.908.000.000 \text{ €} = 0,0000001631 \text{ %}$

Wie Sie sehen, war der Prozentsatz im Februar 2015 erheblich größer als im Februar 2025. Nur mithilfe dieser Rechnung (Prozentrechnung) können wir feststellen, ob jemand im Laufe der Zeit wirtschaftlich stärker, gleichgeblieben oder schwächer geworden ist. Unser Beispiel ist sicherlich nicht außergewöhnlich. Sehr viele Bürger glauben, wirtschaftlich gutgestellt zu sein und finanziell immer weiter zugelegt zu haben. Gemessen an der Gesamtkaufkraft in Deutschland dürften die allermeisten von ihnen tatsächlich zu den Verlierern in unserer Volkswirtschaft gehören – und sie merken es nicht einmal.

Merken wir uns am besten folgende simple Fragen:

Welchen Anteil der augenblicklich (pro Haushalt oder Erwachsenen) existierenden Geldmenge erhält eine Person als Lohn für eine Stunde Arbeit (einen Tag / eine Woche

²² Stand Februar 2025, https://www.kiwifo.de/index.htm_files/geldmengenwachstum.xlsx Tabelle0.

*/ einen Monat / ein Jahr Arbeit)?
Und ist dieser Anteil – bei gleicher Arbeit – heute noch
der gleiche wie früher oder ist er inzwischen größer oder
kleiner geworden?*

5.3. Geldmengenwachstum – das unbekannte Phänomen

Wir haben oben gesehen, dass die Geldmenge enorm schnell wächst. Der durchschnittliche Bürger hat davon keine Ahnung. Die Medien berichten darüber so gut wie nicht. Und die Politik thematisiert dieses Phänomen ebenfalls nicht.

An sich sollte man ja meinen, eine einmal geschaffene Menge an Geld würde über Jahre oder Jahrzehnte gleichbleiben, etwa wenn sich die Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder der Umfang der gehandelten Güter nicht wesentlich ändert. Viele Bürger glauben das auch und irren sich damit gewaltig. Aus diesem Grund sind tatsächlich die meisten Bürger (einschließlich der Politiker, Journalisten und Wirtschaftswissenschaftler) überrascht, wenn sie über das Ausmaß des Geldmengenwachstums informiert werden.

Wie wir oben gesehen haben, gab es seit der Währungsreform 1948 in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich nur Geldmengenwachstum und kein Schrumpfen der Geldmenge(n) – mit einer Ausnahme: im Jahr 2023. Im Schnitt ist die Geldmenge M3 von Juni 1948 bis Juni 2024 jährlich um fast 9 % gewachsen.²³

5.3.1. Wodurch wächst die Geldmenge?

Nun liegt es nahe, ein Wachstum der Geldmenge einfach mit dem Herstellen bzw. **Drucken oder Prägen** zusätzlicher Banknoten und Münzen zu erklären. Doch so einfach ist das nicht. Zwar hat in Deutschland die Bundesregierung (der Bundesfinanzminister) das alleinige Recht, Münzen auszugeben, jedoch nur mit Erlaubnis der Zentralbank.²⁴ Der Münzgewinn (Differenz zwischen Nennwert der Münzen und ihrem Stoffwert, falls die Herstellung nicht teurer ist als der Nennwert) geht in den Bundeshaushalt ein und erhöht damit die Geldmenge. In Umlauf gebracht werden die Münzen jedoch wiederum nur von der Deutschen Bundesbank.²⁵ Banknoten werden allein im Auftrag der Zentralbank hergestellt und gelangen zunächst – wie die Münzen – in deren Tresore. Neue Münzen und Banknoten liefert die Deutsche Bundesbank auch nur an Kreditinstitute, wo sie wieder zuallererst im Tresor landen. Auch jetzt haben wir noch kein umlaufendes Bargeld. Erst dann, wenn ein Kreditinstitut das neue Bargeld an seine Kunden

²³ https://www.kiwiwo.de/index.htm_files/geldmengenwachstum.xlsx, Tabelle4. Die Geldmenge M3 ist heutzutage nur noch geringfügig höher als M2, vgl. aaO. Tabelle0 und Diagramm0.

²⁴ <https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/startseite/glossar/723820/glossar?firstLetter=M&contentId=652644#anchor-652644>.

²⁵ <https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/startseite/glossar/723820/glossar?firstLetter=M&contentId=652644#anchor-652644>.

auszahlt, wird es zu umlaufendem Bargeld. Allerdings zahlt ein Kreditinstitut Bargeld nur aus, wenn es den entsprechenden Betrag auf einem Girokonto belasten kann. Entweder reduziert sich dann ein Guthaben oder der Kunde nimmt einen Kredit in Anspruch. Reduziert sich durch die Bargeldauszahlung ein Girokontoguthaben, bleiben „umlaufendes Bargeld“ und M1 in der Summe gleich.²⁶

Damit kommen wir zu dem tatsächlichen Mechanismus des Geldmengenwachstums: zur **Kreditvergabe bzw. Kreditaufnahme**. Bei einem Bankdarlehen eröffnet die Bank zu dem vorhandenen Girokonto ein Darlehenskonto, in welchem der Schuldenstand des Bankkunden verbucht wird. Zahlt die Bank die vereinbarte Darlehenssumme von z.B. 100.000 Euro aus, schreibt sie die 100.000 Euro als Schuld des Kunden in sein Darlehenskonto und gleichzeitig als Guthaben in sein Girokonto. War das Girokonto anfangs auf null, dann steht es jetzt bei 100.000 Euro. Da die Zentralbank die Summe aller Sichtguthaben zu M1 zusammenzählt, hat sich in der Sekunde der Gutschrift auf dem Girokonto die Geldmenge M1 in Deutschland um 100.000 Euro erhöht. Die Geldmenge M1 ist gewachsen. Und da zu M2 auch die Geldmenge M1 gehört, ist auch M2 gewachsen; Gleiches gilt für M3. Das Darlehenskonto, in dem die 100.000 Euro als Verbindlichkeit des Kunden verbucht sind, spielt für die Berechnung der Geldmenge keine Rolle.

Umgekehrt schrumpft die Geldmenge M1, wenn ein Darlehen getilgt wird, wenn der Darlehensnehmer also erwirtschaftetes Guthaben zur Tilgung seines Darlehens verwendet. Tilgt er beispielsweise 10.000 Euro, dann „entnimmt“ er 10.000 Euro von seinem Girokonto und überweist sie auf sein Darlehenskonto. Die Schuld reduziert sich um 10.000 Euro. Das Guthaben des Girokontos reduziert sich ebenso um 10.000 Euro. Hierdurch sinken augenblicklich die Geldmengen M1, M2 und M3.

Das Gleiche geschieht übrigens auch, wenn der **Staat** – anstatt seine Ausgaben durch seine Einnahmen zu decken – einen Kredit bei einem Kreditinstitut²⁷ aufnimmt (und damit die Staatsverschuldung erhöht). Der Bund, die Länder, die Kommunen und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wirken auf diese Weise erheblich am Geldmengenwachstum mit. Umgekehrt führt auch hier die Rückführung der Kredite zum Schrumpfen der Geldmenge. Wenn der Staat dagegen Anleihen emittiert und an Nichtbanken(!) verkauft, dann ändert das die Geldmenge nicht; das schon im Umlauf befindliche Geld wechselt lediglich den Besitzer.

Da in unserer Volkswirtschaft zur gleichen Zeit (am selben Tag) sowohl Kredite aufgenommen als auch zurückgezahlt werden, hängt die Frage, ob die Geldmenge wächst oder schrumpft, logischerweise davon ab, ob zu einem bestimmten Zeitpunkt die Summe aller Kreditaufnahmen höher oder kleiner ist als die

²⁶ Bis Ende 2001 – also zu Zeiten der D-Mark – wurde von der Deutschen Bundesbank unter der Geldmenge M1 ohnehin das umlaufende Bargeld mitgezählt.

²⁷ Die Zentralbanken dürfen keine Kredite an Nichtbanken vergeben, vgl. §§ 20 iVm. 19 BbankG, <https://www.gesetze-im-internet.de/bbankg/BJNR007450957.html#BJNR007450957BJNG000501308>.

Summe aller Tilgungsbeträge. Übersteigt das Volumen aller Kreditaufnahmen das Volumen sämtlicher Tilgungen, dann wächst die Geldmenge. Verhält es sich umgekehrt, sinkt die Geldmenge. Entscheidend für das Wachsen oder Schrumpfen der Geldmenge ist also das **Verhältnis zwischen Kreditaufnahmen und Kredittilgungen**.

5.3.2. Warum wächst die Geldmenge?

Mit dieser Frage meinen wir nicht den zuvor erklärten Mechanismus des Geldmengenwachstums. Wir möchten hier vielmehr der Frage nachgehen, was der (ökonomische) Grund für das Geldmengenwachstum ist.

Da – wie wir soeben gesehen haben – der Mechanismus des Geldmengenwachstums die Kreditvergabe durch Kreditinstitute ist, hängt damit auch der (ökonomische) Grund für das Geldmengenwachstum zusammen. **Der ökonomische Grund für das Geldmengenwachstum besteht einzig und allein in einem Mangel an Geld bei demjenigen, der den Kredit aufnimmt** (und auch von dem Kreditinstitut erhält). Umgekehrt besteht der ökonomische **Grund für ein Schrumpfen der Geldmenge** in einem Überschuss an Geld bei demjenigen, der einen Kredit aufgenommen sowie zu tilgen hat und sich weitere Kreditzinsen künftig ersparen möchte.

Wenn ein (privater oder staatlicher) Wirtschaftsteilnehmer für all das, was er sich anschaffen oder leisten möchte (egal ob Konsum- oder Investitionsgüter), genügend Geld zur Verfügung hat, wird er vernünftigerweise keinen Kredit bei einem Kreditinstitut aufnehmen, weil er sich nicht mit den Kreditzinsen belasten möchte. Die Kreditzinsen bzw. die Höhe derselben spielen für die Frage der Kreditaufnahme – und damit für die Frage des Geldmengenwachstums – eine wichtige Rolle.

Ein Wirtschaftsteilnehmer, dem für einzelne seiner Wünsche das Geld fehlt, wird vernünftigerweise abwägen, ob er sich den Wunsch erfüllt und dafür die Kreditzinsen bezahlt, oder ob er auf den Wunsch verzichtet bzw. ihn zurückstellt. Er wird also bei seiner Entscheidung maßgeblich von der Höhe der Kreditzinsen beeinflusst. Entschließt sich der Wirtschaftsteilnehmer für eine Kreditaufnahme bei einem Kreditinstitut, hängt diese natürlich auch noch davon ab, ob das Kreditinstitut die Bonität des potenziellen Kreditnehmers für ausreichend ansieht. Wirtschaftsteilnehmer mit aus Sicht der Kreditinstitute mangelnder Bonität werden keinen Kredit bekommen und damit auch nicht zum Geldmengenwachstum beitragen können.

Nach dem Gesagten können wir festhalten, dass sich sämtliche Wirtschaftsteilnehmer unserer Volkswirtschaft in **drei Gruppen** einsortieren lassen, von denen eine Gruppe für das Geldmengenwachstum „verantwortlich“ ist, während die beiden anderen Gruppen für das Geldmengenwachstum keine Rolle spielen: Die erste Gruppe sind Wirtschaftsteilnehmer, die (mangels ausreichender Einkommen) zwar einen Geldmangel haben, aber von den Kreditinstituten nicht für kreditwürdig angesehen werden und folglich auch keinen Kredit erhalten (im Folgenden:

Gruppe-Null). Die zweite Gruppe sind Wirtschaftsteilnehmer, die ebenfalls einen Geldmangel haben, deren Bonität aber für einen Kredit ausreicht und folglich den gewünschten Kredit erhalten (im Folgenden: **Gruppe-Wachstum**). Die dritte Gruppe sind Wirtschaftsteilnehmer, die (infolge ausreichend hoher Einkommen) keinen Kreditbedarf haben und daher auch keinen Kredit aufnehmen (im Folgenden: **Gruppe-satt**). Selbstverständlich kann sich die Zugehörigkeit eines Wirtschaftsteilnehmers zu einer der genannten Gruppen im Laufe der Zeit bei veränderten Umständen ändern, was aber nichts an der dargestellten prinzipiellen Unterteilung ändert.

Für das Schrumpfen der Geldmenge ist logischerweise auch wieder nur die zuvor genannte Gruppe-Wachstum verantwortlich, da die beiden anderen Gruppen keine Kredite aufgenommen haben, die durch eine entsprechende Tilgung zu einem Schrumpfen der Geldmenge führen könnten.

Gibt es andere – ökonomische oder sonstige – Gründe für ein Geldmengenwachstum? Die Antwort lautet ganz klar: Nein.²⁸

5.3.3. Führt das Geldmengenwachstum zu Inflation?

Auch wenn zwischen Geldmengenwachstum und Inflation kein direkter oder gar zwingender (quasi physikalischer) Zusammenhang besteht, kann Geldmengenwachstum grundsätzlich zu Inflation führen.²⁹ Inflation heißt, dass in einer Volkswirtschaft die Preise für (bestimmte) angebotene Güter (einem bestimmten Warenkorb³⁰) mehrheitlich steigen. Sinken die Preise mehrheitlich, spricht man von Deflation.

Um den Vorgang der Inflation bzw. Deflation richtig zu verstehen, muss man sich gedanklich in die Situation eines Wirtschaftsteilnehmers (Unternehmer, Kaufmann, Dienstleister, Handwerker, Vermieter usw., letztlich aber auch Arbeitnehmer) versetzen, der sich überlegt, welchen Preis er für ein von ihm angebotenes Gut verlangt. Er möchte natürlich, dass sich sein Angebot für ihn lohnt. Daher wird er tendenziell stets den höchsten Preis verlangen, bei dem er realistischerweise glaubt, für das von ihm angebotene Gut einen Abnehmer zu finden. Ihm ist klar, dass, wenn er den Preis zu hoch wählt, er nur noch wenige oder gar keine Abnehmer mehr findet. Und ihm ist klar, dass, wenn er den Preis zu niedrig wählt, er – insbesondere wegen der Kosten des von ihm betriebenen Geschäfts – Verluste macht. Bei alledem spielt es natürlich auch eine Rolle, ob und inwieweit er mit seinem Angebot in Konkurrenz mit anderen Unternehmern (Anbietern) steht und umgekehrt, ob und inwieweit die potenziellen Abnehmer (Nachfrager)

²⁸ Falls Sie bessere Erkenntnisse haben, schreiben Sie uns! Wir antworten prompt.

²⁹ Die verbreitete Annahme, Inflation entstehe, „wenn die nachfragende Geldmenge schneller steigt als die (produzierte) Gütermenge (BIP)“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Geldmengenwachstum#Inflation>), ist, wie wir sogleich darlegen werden, nicht richtig. Der Verweis auf die Gütermenge hilft auch nicht, Inflation und Deflation richtig zu verstehen.

³⁰ Vgl. <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/durchblick-bei-der-inflation-664846> und https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html.

in Konkurrenz miteinander stehen. Denn wenn ein konkurrierender Anbieter das gleiche Gut zu einem bestimmten Preis anbietet, wird sich unser Unternehmer kaum trauen, einen höheren Preis zu verlangen.

Hierbei hat die allgemeine Informationslage zur Konjunktur im Land laut den Medien aber auch von Seiten der Regierung einen erheblichen Einfluss auf Inflation und Deflation. Denn wenn beispielsweise der Bundeswirtschaftsminister und die Medien nach einer Konjunkturflaute verkünden, „der Aufschwung ist da!“, dann wird die Mehrzahl der Unternehmer von dem Mut erfasst, ihre Preise anzuhähen.³¹ Umgekehrt können negative Nachrichten die Unternehmer auch veranlassen, ihre Preise zu senken.

Das Ganze setzt freilich voraus, dass die Marktteilnehmer die Preise selbst frei bestimmen können und sie diese nicht vom Staat diktiert bekommen. Marktwirtschaft bedeutet zudem, dass sich möglichst viele Anbieter der gleichen Güter und möglichst viele Abnehmer dieser Güter gegenüberstehen.

Wie kommt bei alledem nun die Geldmenge bzw. das **Geldmengenwachstum** ins Spiel? Wir haben im Kapitel zuvor dargelegt, dass von den drei Gruppen von Wirtschaftsteilnehmern eine Gruppe (die Gruppe-Wachstum) das Geldmengenwachstum verursacht, also die Gruppe der kreditwürdigen Wirtschaftsteilnehmer mit einem Geldmangel. Wenn diese Wirtschaftsteilnehmer – etwa wegen gesunkener Kreditzinsen³² – nun annähernd gleichzeitig eine erhebliche Summe an Krediten aufnehmen und dadurch die Geldmenge erhöhen, dann wird dies bei den Anbietern durch eine **wachsende Nachfrage spürbar** werden. Diese wachsende Nachfrage lässt die Anbieter optimistisch werden, ihre Güter künftig auch zu höheren Preisen gut vermarkten zu können.

5.3.4. Führt das Schrumpfen der Geldmenge zu Deflation?

Dabei müssen Sie sich vor Augen halten, dass vernünftigerweise niemand einen Kredit aufnimmt, um dieses Geld lange zu behalten. Der Kredit wird aufgenommen, um damit etwas sofort oder alsbald zu bezahlen. Das neu geschaffene Geld verbleibt also nicht lange bei dem Kreditnehmer, sondern gelangt in die Kasse (auf das Bankkonto) desjenigen, der an den Kreditnehmer liefert. Handelt es sich dabei um jemanden aus den beiden im Kapitel zuvor erstgenannten Gruppen (Gruppe-Null oder Gruppe-Wachstum), dann wird das neu geschaffene Geld alsbald wieder seinen Besitzer wechseln.

Handelt es sich bei dem „Lieferanten“ aber – früher oder später – um jemanden aus der Gruppe-satt, dann wird der Fluss des neu geschaffenen Geldes versiegen,

³¹ Beispielsweise geschehen in den Jahren 2006 (<https://www.tagesspiegel.de/politik/der-aufschwung-ist-da-1328179.html>) und 2010: Bundeswirtschaftsminister Brüderle erklärt, der Aufschwung sei da (https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2010/30399403_kw26_regierungserklaerung-202144) und prompt folgt die Inflation (<https://web.archive.org/web/20100820022407/http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-dienstleister/steigende-nahrungsmittelpreise-das-leben-wird-teurer;2637298>).

³² Dazu kommen wir später.

weil der Wirtschaftsteilnehmer dieser Gruppe definitionsgemäß schon vorher genügend Einkommen und damit Geld hat, um all seine Wünsche zu erfüllen. In diesem Fall gelangt das zuvor neu geschaffene Geld also sprichwörtlich „oben auf den großen Haufen“. ³³

Auf die im Absatz zuvor beschriebene Weise ist die Geldmenge zwar nicht wieder geschrumpft, aber der entsprechende Teil des Geldes ist volkswirtschaftlich gesehen – vorübergehend oder auch für längere Zeit – **stillgelegt**. Auch dies wird bei den Anbietern in unserer Volkswirtschaft **spürbar** durch eine **sinkende Nachfrage**. Diese sinkende Nachfrage wird die Anbieter mehrheitlich veranlassen, ihre Preise zu senken. Es entsteht **Deflation**.

5.3.5. Wann besteht Preisstabilität?

Nach dem zuvor Gesagten ist auch klar, wann **Preisstabilität** herrscht: nämlich dann, wenn die Menge des Geldes, welches in die Gruppe-satt³⁴ gelangt, in etwa der Menge des Geldes entspricht, die auf Veranlassung der Gruppe-Wachstum neu geschaffen wurde. Ist eine dieser beiden Mengen größer als die andere, kommt es längerfristig zu Inflation bzw. Deflation.

5.3.6. Wird das Geldmengenwachstum staatlich gesteuert?

Natürlich beeinflusst der Staat das Geldmengenwachstum – wie wir oben dargelegt haben – durch seine eigenen Kreditaufnahmen. Diese Art der Beeinflussung ist mit unserer Frage jedoch nicht gemeint. Wir fragen vielmehr danach, ob eine hoheitliche Institution das Wachsen oder Schrumpfen der Geldmenge, mithin die Aufnahme bzw. Tilgung von Krediten durch Dritte, quasi fernsteuern kann und auch tatsächlich aus der Ferne steuert.

Die **Deutsche Bundesbank und die EZB** als staatliche Institutionen haben unter anderem den „vorrangigen“ gesetzlichen Auftrag, in Deutschland bzw. im sogenannten Euro-Raum für Preisstabilität zu sorgen.³⁵ Schon dies deutet darauf hin, dass die Zentralbank Mittel zur Verfügung hat, um diesen Auftrag zu erfüllen und um sowohl Inflation als auch Deflation zu verhindern. Das wichtigste Mittel der Zentralbank ist die Festlegung der Höhe der sogenannten Leitzinsen. Leitzinsen sind Zinssätze, zu denen sich Kreditinstitute Geld bei Zentralbanken leihen oder dort anlegen können. Die EZB hat drei verschiedene Leitzinsen festgelegt: den Hauptrefinanzierungssatz, den Spitzenrefinanzierungssatz und den Einlagen-

³³ „Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen.“

³⁴ Dies ist übrigens die Gruppe von Bürgern, von denen Merz (CDU) und Leyen (CDU) sprechen, wenn sie sagen, man müsse Ersparnisse „mobilisieren mit einem vernünftigen Zinssatz“ (<https://www.youtube.com/watch?v=dYooYZOKwWo&t=2511s>) bzw. werde „private Ersparnisse in dringend benötigte Investitionen umwandeln“ (<https://apollo-news.net/ursula-von-der-leyen-kndigt-an-private-ersparnisse-in-investitionen-berfhren-zu-wollen/>). Diese Politiker begreifen gar nicht, dass dieses Geld bereits „mit einem vernünftigen Zinssatz“ „mobilisiert“ ist, weil sie unser Geldsystem nicht verstehen.

³⁵ § 3 Satz 2 BBankG „Sie wirkt ... mit dem vorrangigen Ziel mit, die Preisstabilität zu gewährleisten, ...“, https://www.gesetze-im-internet.de/bbankg/_3.html und Artikel 127 Absatz 1 AEUV, <https://dejure.org/gesetze/AEUV/127.html>.

satz. Auf diese Weise nimmt die Zentralbank Einfluss auf die Höhe der von den Banken und Sparkassen deren Kunden gegenüber verlangten Kreditzinsen.³⁶

Und wie wir oben bereits kurz erwähnt haben, beeinflusst die Höhe des Zinses für einen Kredit die Entscheidung, ob jemand einen Kredit aufnimmt – und (unwissentlich) zum Geldmengenwachstum beiträgt – oder ob er seinen Anschaffungswunsch aufgibt oder in die Zukunft verschiebt.

Kurzer Rückblick: Dass die Zentralbanken heute unabhängig von den Regierungen sind und insbesondere nicht deren Weisungen befolgen müssen, ist übrigens eine Lehre aus der verheerenden Hyperinflation der Weimarer Zeit. Damals konnte die Regierung der Reichsbank anweisen, neues, weiteres Geld zu drucken, welches dann die Regierung in die Volkswirtschaft verteilte.³⁷ Die Regierung nahm dabei keinerlei Rücksicht auf die von ihr verursachte Inflation und glaubte, die Nachteile der Inflation für den Großteil der Bevölkerung durch noch mehr Geld ausgleichen zu können. Dies führte zur „Hyperinflation“

und zum Zusammenbruch der Volkswirtschaft.³⁸



Entwertung der Papiermark Anfang 1918 bis Ende 1923 (logarithmische Darstellung), Grafik: Delphi234 - Eigenes Werk, CC0

Aus diesem Grund sind die Deutsche Bundesbank und die EZB durch Gesetz für weisungsunabhängig erklärt worden. Außerdem ist ihnen „vorrangig“ der Auftrag erteilt worden, für Preisstabilität zu sorgen. Wenn heute manche Politiker oder „Experten“ fordern, dass man die sogenannte Geldschöpfung in die Hände der Regierung legen müsse, liegt offenbar ein krasser Fall von Geschichtsvergessenheit oder Naivität vor.

³⁶ Dazu ein Video der FAZ unter <https://youtu.be/PmfVh5K9hn8?si=Kwc1neeAozxI4N-J>.

³⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Inflation_1914_bis_1923#Hyperinflation_des_Jahres_1923.

³⁸ <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=37268736>.

Zurück in die Gegenwart: Wie wir oben gesehen haben, muss für Preisstabilität ein gewisses Gleichgewicht bestehen zwischen der Menge des Geldes, welches durch die Gruppe-satt „stillgelegt“ wird, und der Menge Geld, die durch die Gruppe-Wachstum geschöpft³⁹ wird.

Wir haben bereits im März 2009⁴⁰ vor der Gefahr gewarnt, dass die Rahmenbedingungen unserer Volkswirtschaft dazu führen, dass das Stilllegen von Geld immer größere Ausmaße annimmt und dass demzufolge die Geldschöpfung trotz immer weiter sinkender Zinsen nicht mehr hinterherkommen wird; Deflation werde die Folge sein.

Im April 2014 haben wir dann auf das Dilemma der EZB hingewiesen, dass der Euro-Raum trotz hohen Geldmengenwachstums kurz vor der Deflation steht und der EZB die (legalen) Instrumente ausgehen, weil sie die Leitzinsen schon fast auf null gesenkt hatte.⁴¹ Als die EZB ihre Leitzinsen bis auf null gesenkt hatte, erfand sie sogar negative Zinsen für die Einlagen der Geschäftsbanken bei ihr; alles, um Kreditaufnahmen und damit die Schaffung neuen Geldes zu forcieren. In der Folge begann die EZB auch damit, im sogenannten Sekundärmarkt Staatsanleihen aufzukaufen. Dies wurde von vielen Fachleuten für illegal angesehen, aber schließlich von den höchsten Gerichten mehr oder weniger für rechtens erklärt.⁴² Anfang der 2020er Jahre kam die angebliche Coronapandemie zu Hilfe, die es z.B. in Deutschland völlig kritiklos den Regierungen erlaubte, mit enormer Neuverschuldung neues Geld in die Bevölkerung zu streuen, um einen gänzlichen Zusammenbruch der Volkswirtschaft zu verhindern.⁴³ Wie wir oben gesehen haben, wuchs die Geldmenge immer schneller, so schnell, dass sogar die Inflation wieder zurückkehrte.

Die EZB beendete diese Nullzinspolitik erst, als die Preisentwicklung in den Euroländern schon eine bedrohlich hohe Inflation erreicht hatte. Mit über einem Jahr Verspätung erhöhte die EZB die Leitzinsen wieder – nun aber so stark, dass – wie wir oben schon gesehen haben – im Jahr 2023 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Geldmengen M1 und M2 sanken (die Summe der Tilgungszahlungen überstieg die Summe der neu aufgenommenen Kredite)! Seit Anfang 2024 steigen die Geldmengen wieder in alter Manier.

³⁹ Das „Geldschöpfen“ wird üblicherweise den Kreditinstituten zugeschrieben. Wir stellen hier den Initiator, den Kreditnehmer, in den Fokus.

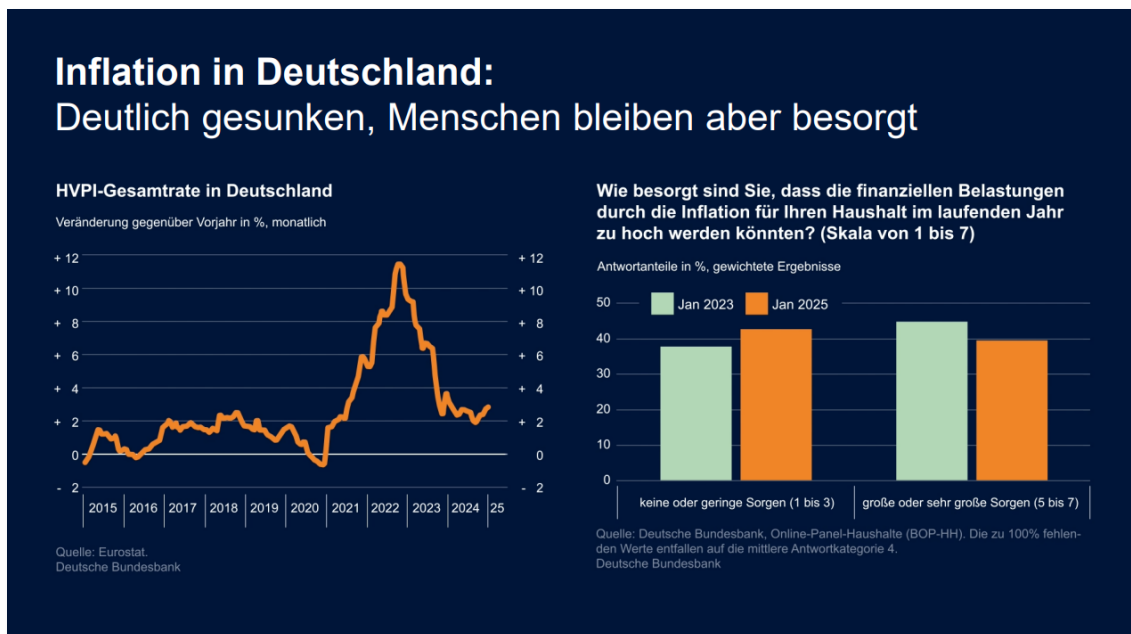
⁴⁰ KIWIFO, Die Weltwirtschaftskrise, <https://kiwifo.de/weltwirtschaftskrise.htm>, S. 19 ff.

⁴¹ KIWIFO, Das EZB-Dilemma, <https://kiwifo.de/ezb-dilemma.htm>.

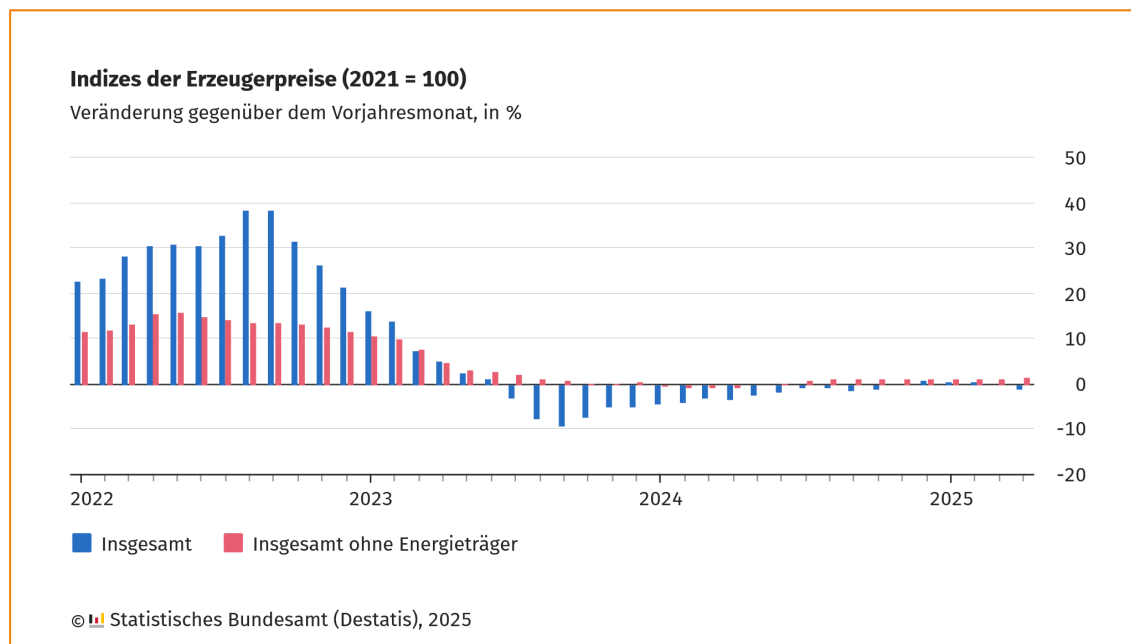
⁴² KIWIFO, Das EZB-Dilemma, https://kiwifo.de/ezb-dilemma.htm#xl_HeadingAnchor:584C48K.

⁴³ KIWIFO, Das EZB-Dilemma, https://kiwifo.de/ezb-dilemma.htm#xl_HeadingAnchor:58KHQqx.

Aus der Pressekonferenz zum Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 2024 vom 25.02.2025:⁴⁴



Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 20.05.2025 zu den Erzeugerpreisen⁴⁵



Wie Sie sehen, nehmen die Zentralbanken – indirekt mit ihrer Zinspolitik – erheblichen Einfluss auf das Geldmengenwachstum und damit auf die Preise.

⁴⁴ <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/geschaefstbericht-951412:https://www.bundesbank.de/resource/blob/951422/1e16e5f6911608fbdcbcecc1e59c4034a/472B63F073F071307366337C94F8C870/2025-02-25-geschaefstbericht-praesentation-data.pdf>.

⁴⁵ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 179 vom 20. Mai 2025
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/05/PD25_179_61241.html.

5.4. Einkommen, Geldmengen, -umlaufgeschwindigkeit und Konjunktur

Das Einkommen eines Bürgers ist sein regelmäßiger oder auch unregelmäßiger Zufluss von Geld, über das er wirtschaftlich mehr oder weniger frei verfügen kann. Je mehr Geld er sein Eigen nennt, je höher also seine persönliche Geldmenge ist, desto mehr kann er sich dafür leisten. Je mehr Geld jemand in einem bestimmten Zeitraum ausgibt, desto größer ist seine Bedeutung für die Konjunktur einer Volkswirtschaft. Mit den Ausgaben eines Bürgers sinkt freilich dessen Geldmenge, mit seinem Einkommen steigt sie wieder. Auf die Gesamtgeldmenge einer Volkswirtschaft hat das Gesagte keinen Einfluss. Das Geld, welches einer ausgibt, nimmt im selben Moment ein anderer ein. Die Gesamtgeldmenge bleibt dabei gleich.

5.4.1. Die zwei Seiten einer Volkswirtschaft

Eine Volkswirtschaft, die – im Gegensatz zu einer Tauschwirtschaft – mit Geld unterhalten wird, hat immer zwei Seiten, die zu betrachten sind: die Seite des Güteraustauschs und die Seite des Geldflusses, also die **Güterseite** und die **Geldseite**. Die meisten Geschäfte zwischen zwei Wirtschaftsteilnehmern sind synallagmatisch, d.h. gegenseitig, wobei zumeist Güter gegen Geld „getauscht“ werden: Der eine verkauft ein Auto und der andere bezahlt dafür mit Geld.

Mit Blick auf diese zwei Seiten müssen wir eine Volkswirtschaft und deren Konjunktur betrachten, wobei wir jede Seite für sich analysieren können. Die Konjunktur einer Volkswirtschaft ist – soweit die Produktion und Verteilung von Gütern nicht durch einen einschneidenden Mangel (z.B. Transportstopp im Suezkanal) oder durch staatliche Verbote (Sanktionen gegen Russland) gehemmt ist – vor allem abhängig von der Geldseite der Volkswirtschaft, also von der Menge des Geldes, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums (z.B. eines Jahres) für einen bestimmten Warenkorb ausgegeben wird. Wenn dagegen behauptet wird, die Konjunktur heutzutage hänge in erster Linie von der Güterproduktion und dem Güterangebot ab, so ist das nicht richtig. Dies traf auf eine Mangelwirtschaft wie etwa direkt nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland oder noch länger in der sozialistischen DDR zu. Heutzutage gibt es in Deutschland keine ernsthafte Mangelwirtschaft. Die produzierten Güter liegen auf Halde und warten auf Abnehmer. Auch Millionen Deutsche bieten ihre Arbeitskraft an, sind also arbeitslos, und warten nur darauf, mit „produzieren“ zu können. Auch dies sind Güter auf Halde. Unsere aktuelle Volkswirtschaft leidet nicht am Mangel von Gütern. Unsere Volkswirtschaft leidet an einem Mangel an Geld, aber nur bei einem Teil der Bevölkerung, bei einem sehr großen Teil.

Ohnehin wird die Konjunktur immer mit Geld und nicht mit Gütern gemessen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in Euro ausgedrückt und nicht beispielsweise in der Zahl der umgesetzten Autos. Egal welche Methode zur Bestimmung des

BIP herangezogen wird (Entstehungsrechnung, Verwendungsrechnung, Verteilungsrechnung⁴⁶), es wird immer der Geldfluss ermittelt und ausgewertet.

5.4.2. Die Geldumlaufgeschwindigkeit gesamtwirtschaftlich

Zwischen dem **BIP** (Flussgröße) und der **Geldmenge** (M, Bestandsgröße) besteht eine Beziehung, die **Geldumlaufgeschwindigkeit** oder **Geldumschlagshäufigkeit** (U) genannt wird. Sie wird in der Regel für ein Jahr ausgedrückt:

$$M \times U = BIP^{47}$$

oder

$$BIP / M = U$$

Die Geldumschlagshäufigkeit drückt aus, wie oft die existierende Geldmenge umgeschlagen wird, um am Ende eines Jahres das BIP zu ergeben.

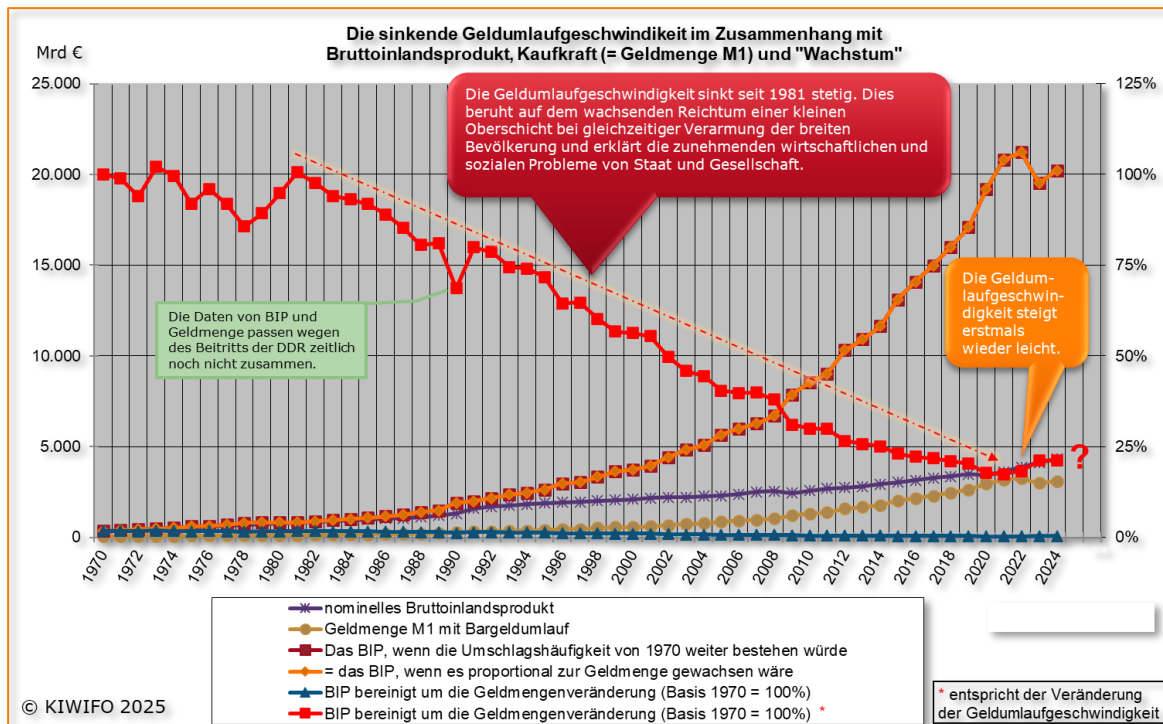
Der Ausdruck Geldumlaufgeschwindigkeit ist etwas unglücklich. Er bringt zwar einerseits plastisch zum Ausdruck, was gemeint ist, nämlich das Tempo des Geldflusses einer Volkswirtschaft. Andererseits aber hat Geld keine Geschwindigkeit. Wenn und solange Sie Ihr Bargeld im Portemonnaie mit sich herumtragen, ist die „Geldumlaufgeschwindigkeit“ dieses Geldes gleich null – selbst dann, wenn Sie sich mit 200 km/h über die Autobahn bewegen. Und wenn Sie aus Ihrem Portemonnaie zum Zwecke der Bezahlung einen 50-Euro-Schein der Kassiererin im Supermarkt geben, ist die „Geldumlaufgeschwindigkeit“ unendlich groß – weil die Zeit für die (juristische) Übereignung des Geldscheins gleich null ist (null Sekunden beträgt). Ebenso verhält es sich mit dem Geld Ihres Bankkontos.

In dem folgenden Diagramm sehen Sie seit dem Jahr 1970 u.a. die Entwicklung des **BIP** (**violette** Linie), der **Geldmenge M1** (**braune** Linie) und die **Geldumschlagshäufigkeit** (**rote** Linie) in Prozenten (1970 = 100 %).⁴⁸ Im Jahr 1970 lag die Geldumschlagshäufigkeit bei 6,52, im Jahr 2024 bei 1,39. Den tiefsten Punkt erreichten wir im Jahr 2021 mit 1,13.

⁴⁶ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Methoden/bip.html>.

⁴⁷ In der Volkswirtschaftslehre verbreitet ist dagegen die von Irving Fisher im Jahr 1911 aufgestellte Formel $BIP \times P = M \times U$, wobei P für Preis oder Preisniveau steht. Der Faktor P ist indes überflüssig und verwirrend, weil das BIP ohnehin schon mit der Summe der Preise identisch ist. Auch wenn man, wie gelegentlich der Fall, mit P die Preisveränderung zwischen bestimmten Jahren herausrechnen möchte (und falls dies seriös überhaupt möglich sein sollte), nützt dieser Faktor uns in der vorliegenden Studie nichts.

⁴⁸ Quellenangaben und Berechnungen in https://www.kiwifo.de/index.htm_files/geldmengenwachstum.xlsx Tabelle2.



Bemerkenswert ist, dass sich in den 1970er Jahren die Geldumschlagshäufigkeit auf einem halbwegs gleichbleibenden Niveau zwischen 5,58 und 6,65 bewegte. Nach 1981 bis 2021, also 40 Jahre lang, sank die Geldumlaufgeschwindigkeit stetig in fast gerader Linie bis auf 1,13. Im Jahr 1982 wurde bekanntlich das politische Programm der FDP, das Lambsdorff-Papier, umgesetzt.⁴⁹

Auffallend ist, dass die Geldmenge M1 sehr viel schneller wächst als das BIP. Das Diagramm zeigt auch, wie das BIP angestiegen wäre, wenn es so schnell wie die Geldmenge M1 gewachsen wäre bzw. – was gleichbedeutend ist – wenn die Geldumschlagshäufigkeit des Jahres 1970 fortbestehen würde (deckungsgleiche **orangene** und **dunkelrote** Linien). Das BIP des Jahres 2024 läge nicht bei 4.306,40 Mrd. €, sondern bei 20.220,71 Mrd. €!

Und zuletzt zeigt das Diagramm mit der **blauen** Linie, wo das BIP stünde, wenn die Geldmenge M1 seit 1970 nicht gewachsen (und nicht gesunken) wäre. Das BIP läge im Jahr 2024 nur noch bei 76,80 Mrd. €, statt bei 4.306,40 Mrd. €!

5.4.3. Die Geldumlaufgeschwindigkeit des Einzelnen

Im Vorstehenden haben wir die Geldumschlagshäufigkeit auf die gesamte Volkswirtschaft bezogen. Sie lässt sich aber auch für den einzelnen Wirtschaftsteilnehmer betrachten. Beispiel: Der Bürger **Anton M.**⁵⁰ gab am 03.04.2010 zur Bezahlung seiner Miete 520 € aus. Das Geld dafür hatte er am 31.03.2010 durch

⁴⁹ "Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit", <https://www.freiheit.org/de/deutschland/lambsdorff-papier-trendwende-der-wirtschaftspolitik>.

⁵⁰ Vgl. KIWIFO, Breitgeschichtete Massenkaufkraft, 12.06.2010, <https://kiwifo.de/massenkaufkraft.htm>, S. 4.

seine Gehaltszahlung erhalten. Welche Geldumlaufgeschwindigkeit (Geldumschlagshäufigkeit) hatte dieses Geld?

Anton M. behielt die 520 € für 3 Tage, bis er sie ausgab. Die Geldumlaufgeschwindigkeit dieser 520 € beträgt: $365 / 3 = 121,666...$ Zur Berechnung teilen wir also die Zahl der Tage des Jahres durch die Tage, die unser Wirtschaftsteilnehmer das Geld besessen hatte. Weil es auch Schaltjahre mit 366 Tagen gibt und die Umlaufgeschwindigkeit unseres Beispiels im Jahr 2012 dieselbe sein muss wie die später im Jahr 2012 (366 Tage), ist unsere Rechnung präziser, wenn wir das Jahr mit 365,25 Tagen rechnen. Das ergibt dann eine Geldumlaufgeschwindigkeit von $365,25 / 3 = 121,75$.

Nun wissen wir nicht, wie lange der Vermieter von Anton M. diese 520 € behalten und irgendwann ausgegeben hatte. Vielleicht hat er sie ein Jahr lang oder länger überhaupt nicht ausgegeben. Die Berechnete Geldumlaufgeschwindigkeit von 121,75 bezieht sich also nur auf den Zeitraum, in dem Anton M. die 520 € besessen und ausgegeben hatte.

In unserem Beispiel – wir hatten es oben nicht erwähnt – hatte Anton M. vor seiner Gehaltszahlung sein sämtliches Geld ausgegeben, sodass er das Geld für die Miete tatsächlich erst am 31.03.2010 durch seine Gehaltszahlung erhielt. Wie aber wäre die Rechnung, wenn er das Geld für die Miete am 31.03.2010 vor Eingang seines Gehalts noch übriggehabt hätte, etwa von seinem Gehalt einen Monat zuvor? Wir rechnen immer nach der FIFO-Regel: First In – First Out. Dann hatte Anton M. die 520 € insgesamt 34 Tage lang besessen; die Umlaufgeschwindigkeit beträgt $365,25 / 34 = 10,74264706$.⁵¹

Lassen Sie uns die begonnene Betrachtung noch ein wenig ausbauen. Anton M. hatte im April 2010 noch die nebenstehenden Ausgaben. Es ergeben sich folgende Umlaufgeschwindigkeiten:

Tage	U (365,25 / Tage)
3	121,75
7	52,17857143
10	36,525
15	24,35
16	22,828125
18	20,29166667
20	18,2625
21	17,39285714
26	14,04807692
28	13,04464286
29	12,59482759

Ausgaben von Anton M.		
Am	Betrag	Verwendung
03.	520 €	Miete
07.	166 €	Lebensmittel
10.	195 €	Kleidung
15.	82 €	Versicherung
16.	79 €	Strom, Wasser
18.	69 €	Geschenke
20.	78 €	Benzin
21.	51 €	Lebensmittel
26.	35 €	Restaurant
28.	40 €	Lebensmittel
29.	46 €	Lampe

⁵¹ Hätte Anton M. am 31.03.2010 nur noch einen Teil der 520 € für seine Miete vom Vormonat übrig, z.B. 230 €, dann müssen wir getrennt rechnen für 230 € und für 290 €.

Um eine durchschnittliche Geschwindigkeit dieser Gelder zu berechnen, müssen wir entsprechend der Höhe der Beträge gewichten:

Die durchschnittliche Geschwindigkeit beträgt $88.199 \text{ €} / 1.361 \text{ €} \approx 64,80$.

Eine Umlaufgeschwindigkeit von fast 65 erscheint angesichts der oben für unsere gesamte Volkswirtschaft genannten Werte von rund 6 in den 1970er Jahren und von unter 2 in unserer Zeit heute ausgesprochen hoch.

Ein solcher Wert ist aber keineswegs ungewöhnlich. Er resultiert aus dem geringen Einkommen von Anton M. und folglich aus seinem geringen Geldbesitz. Bei Bürgern bzw. Haushalten, bei denen das Geld am Ende eines Monats aufgebraucht ist, sind hohe Geldumschlaggeschwindigkeiten typisch.

Nehmen wir zur Gegenprobe an, Anton M. würde zur echten Mittelschicht gehören und hätte seit einem Jahr noch 100.000 €⁵² auf der Bank liegen, und wir wollten dieses Geld in unsere Berechnung mit einbeziehen, dann ergibt sich folgende Rechnung:

$(88.199 \text{ €} + 100.000 \text{ €}) / (1.361 \text{ €} + 100.000 \text{ €}) = 1,856716152$. Die Geldumlaufgeschwindigkeit von Anton M. wäre auf unter 2 gefallen. Wäre der hinzugefügte Betrag noch höher oder wäre der Zeitraum, in dem er dieses Geld besitzt, noch größer, dann würde die Umlaufgeschwindigkeit noch geringer ausfallen.

Die heutzutage geringe Geldumlaufgeschwindigkeit hat – das sollte nach dem Gesagten deutlich geworden sein – zwei untrennbar miteinander verbundene Gründe. Der eine Grund ist eine (im Vergleich zur Gesamtbevölkerung) sehr kleine Anzahl sehr reicher Bürger, die zur Gruppe-satt gehören und bei denen die Geldumlaufgeschwindigkeit extrem niedrig ist (< 1). Der zweite Grund ist eine sehr große Anzahl sehr armer Bürger, die zur Gruppe-Null gehören. Diese Gruppe sorgt zwar für eine sehr hohe Geldumlaufgeschwindigkeit (> 50). Deren Geldbesitz – auch in der Summe – ist jedoch im Vergleich zum Geldbesitz der Gruppe-satt so gering, dass bei einer gewichteten Durchschnittsberechnung (vgl. oben) nur ein so niedriger Wert von 1,39 herauskommt wie im Jahr 2024. Beide Gründe sind miteinander untrennbar verbunden, weil bei einer gegebenen Gesamtgeldmenge ein hoher überdurchschnittlicher (die Geldmenge pro Haushalt übersteigender) Geldbesitz eines Haushalts, logischerweise und zwingend den niedrigen unterdurchschnittlichen Geldbesitz eines oder mehrerer anderen Haushalte zur Folge hat. Reichtum und Armut existieren immer gleichzeitig.

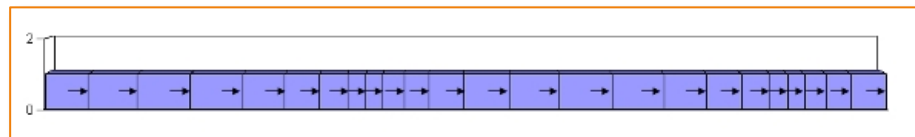
Tage	U (365,25 / Tage)	Betrag	U x Betrag
3	121,75	520 €	63.310 €
7	52,17857143	166 €	8.662 €
10	36,525	195 €	7.122 €
15	24,35	82 €	1.997 €
16	22,828125	79 €	1.803 €
18	20,29166667	69 €	1.400 €
20	18,2625	78 €	1.424 €
21	17,39285714	51 €	887 €
26	14,04807692	35 €	492 €
28	13,04464286	40 €	522 €
29	12,59482759	46 €	579 €
Summen:		1.361 €	88.199 €

⁵² Das entspricht aktuell ungefähr der Geldmenge M2 pro Haushalt (s.o.), also der Geldmenge der echten Mittelschicht.

5.4.4. Der Geldfluss einer Volkswirtschaft

Die Volkswirtschaftslehre befasst sich kaum mit Geld, und wenn, dann allenfalls bezogen auf die Volkswirtschaft als Ganzes. Die Lehrbücher zur Volkswirtschaft behandeln – soweit ersichtlich – weder den Geldfluss insgesamt noch die Geldverteilung unter den Bürgern. Gerne wird das Thema Geld in der Volkswirtschaft als unwichtig abgetan, weil Güterproduktion und -verteilung die überragende Bedeutung hätten.

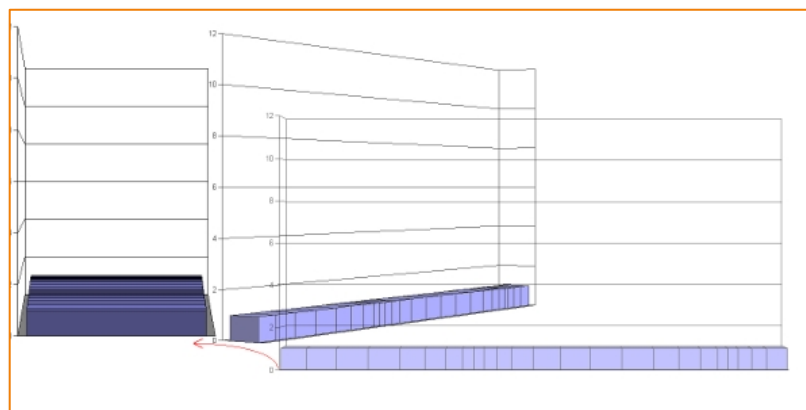
So stiefmütterlich der Geldfluss in der Volkswirtschaftslehre behandelt wird, so mangelhaft und irrig ist auch die Vorstellung davon. Sehr verbreitet ist die Vorstellung, dass sich ein Konjunkturabschwung in einer Verlangsamung oder in einem Stau des Geldes zeige, und umgekehrt, dass ein Konjunkturaufschwung aus einer Beschleunigung des Geldes folge. Ein gleichmäßig breiter und gleichmäßig tiefer Geldfluss fließe mit einer bestimmten Geschwindigkeit durch die Volkswirtschaft und durch die Zeit. Konjunkturschwankungen bestünden darin, dass das Geld einmal schneller fließt und einmal langsamer. Das Geld stauet und beschleunigt sich gleich einer Ziehharmonika so, wie man es auch vom Stop and Go bei Verkehrsstaus auf der Autobahn kennt (auch als Nagel-Schreckenberg-Modell⁵³ bekannt).



Der Irrtum besteht einmal da-

rin, dass der Geldfluss über die Zeit hinweg als annähernd konstant hoch (= konstante Geldmenge) angesehen wird, und einmal darin, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftssubjekten hinsichtlich ihrer Kaufkraft (= ihres Geldbesitzes) völlig übersehen werden. Das falsche Bild suggeriert, als stauet sich das Geld zu einem bestimmten Zeitpunkt bei allen Wirtschaftsteilnehmern gleichermaßen. So ist denn auch die Rede davon, dass die Bürger „zu sehr sparen“ würden, etwa weil sie „verunsichert“ seien.

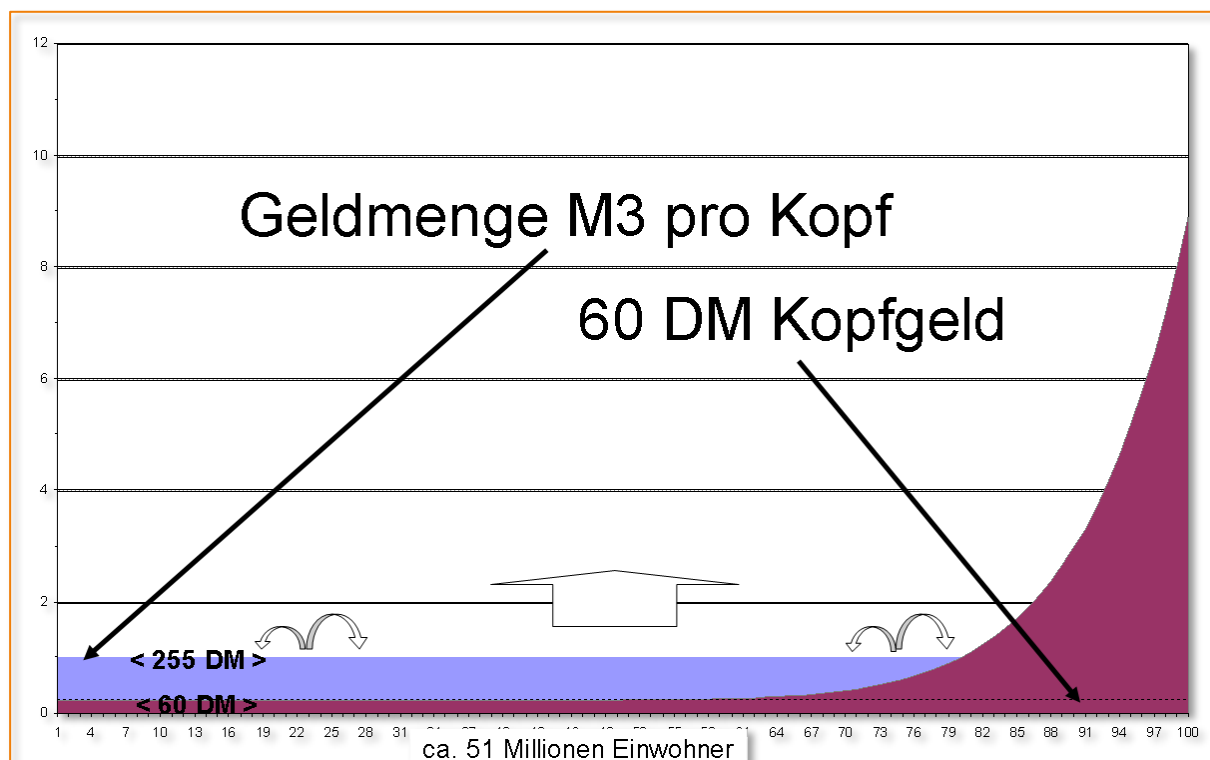
Lassen Sie uns den Blick auf den Geldfluss um 90° drehen, um das Wesentliche zu erkennen. Drehen wir den Fluss so, dass die Zeitachse nicht nach rechts, sondern nach hinten ins Bild hinein zeigt, und wir nicht einen Längsschnitt, sondern einen Querschnitt durch den Geldfluss sehen.



⁵³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Nagel-Schreckenberg-Modell>.

Aus diesem Blickwinkel sehen wir die Verteilung des Geldes innerhalb der Volkswirtschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt. Wir sehen die Geldverteilung unter den Wirtschaftsteilnehmern, die hier nebeneinander aufgereiht sind. Natürlich ist das Geld in der Realität nie so gleichmäßig verteilt, wie hier gezeigt. In einer groben Annäherung zeigt das folgende Bild die Geldverteilung, wie sie nach der Währungsreform 1948 in Deutschland zustande kam, wobei die Wirtschaftsteilnehmer nach ihrem Geldbesitz (nicht nach dem sonstigen Vermögen) sortiert sind.

Die Geldverteilung nach der Währungsreform 1948 (schematisch)



Die **hellblaue** und die **violette** Fläche zeigen jeweils die Geldmenge M3 in Westdeutschland in Höhe von zirka 13 Milliarden DM.⁵⁴ Die **hellblaue** Fläche demonstriert eine völlig gleiche Verteilung dieses Geldes unter den damals rund 51 Millionen Bürgern, was rund $(13.000.000.000 \text{ DM} / 51.000.000 \text{ Bürger}) \approx 254,90 \text{ DM}$ pro Bürger ergibt. Die große Mehrheit der Bürger erhielt nur das sogenannte Kopfgeld von 60 DM pro Kopf (erst 40 DM und wenig später weitere 20 DM). Unternehmer erhielten (eben auch für ihr Unternehmen) mehr von dem neuen Geld. Diese Verteilung zeigt näherungsweise die **violette** Fläche.

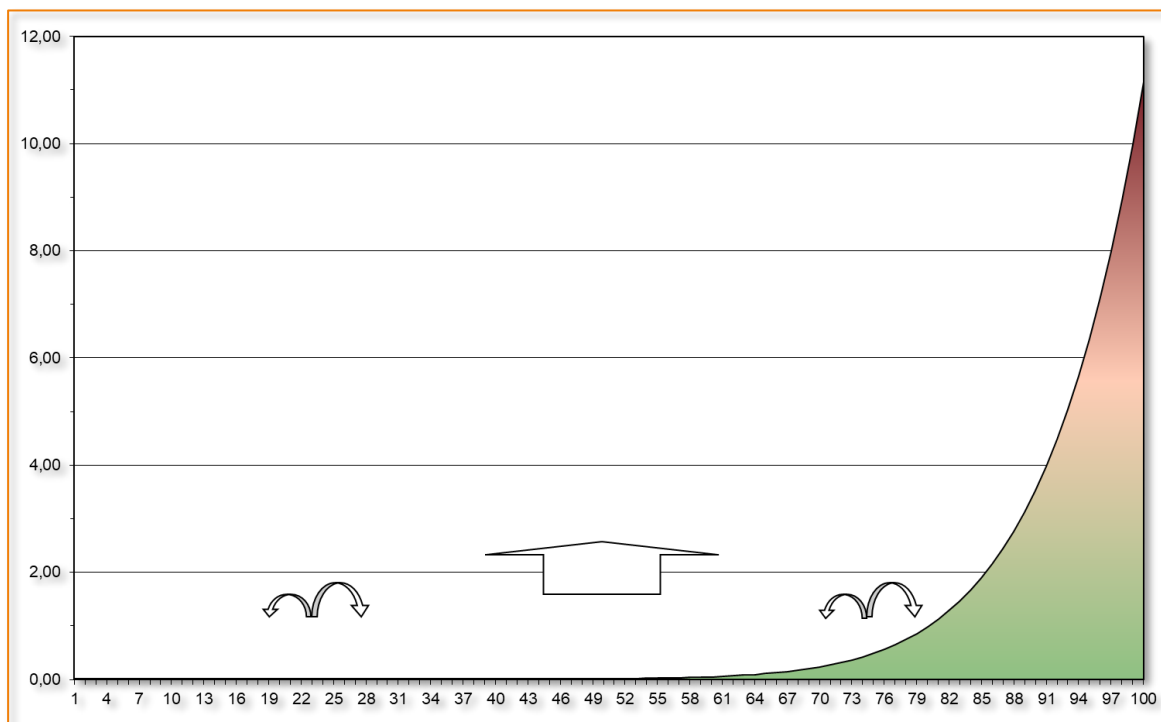
Der breite Pfeil, der ins Bild hinein (nach oben) zeigt, soll den Verlauf des Geldflusses (in die Zukunft) andeuten. Die nach links und nach rechts gekrümmten Pfeile sollen an den Geldverkehr zwischen den Wirtschaftssubjekten erinnern.

⁵⁴ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2002, S. 21, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/692054/721e8a0fd1c02dfc266599e00d615ab0/472B63F073F071307366337C94F8C870/2002-03-monatsbericht-data.pdf>.

Die Form des abgebildeten Geldflusses verändert sich stetig. Die erste – horizontale – **Dynamik** besteht darin, dass ein Teil der Marktteilnehmer Geld schneller ausgibt, als er es einnimmt, und umgekehrt andere Marktteilnehmer das Geld schneller einnehmen, als sie es ausgeben. Das Geld sammelt sich bei Letzteren so an, wie es bei den Erstgenannten schwindet. Dadurch verschiebt sich das Geld in der Anordnung des Diagramms immer weiter nach rechts zu den reicheren Bürgern. Natürlich gibt es auch die Bürger, bei denen sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten.

Eine weitere – vertikale – Dynamik, die wir berücksichtigen müssen, ist das Geldmengenwachstum von rund 9 % jährlich, welches zu einem beträchtlichen Anschwellen des Geldflusses führt. Zusammen mit der zuvor genannten horizontalen Dynamik wächst das neu geschaffene Geld – in dem Diagramm überwiegend rechts – bei den reichen Bürgern an.

Schließlich müssen wir bedenken, dass je mehr Geld jemand besitzt, desto langsamer wird bei ihm die Geldumlaufgeschwindigkeit. Aber natürlich wird nicht sein gesamtes Geld gleich langsam. Ein kleiner Teil seines Geldes wird ebenso „schnell“ sein wie das eines armen Bürgers. Aber ein anderer Teil wird eine sehr niedrige Geldumlaufgeschwindigkeit haben, weil es nicht gebraucht wird. Das folgende Diagramm illustriert diesen Umstand durch die gezeigten Farbwechsel von **grün** nach **rot**. Das Geld im **Grünen** fließt schnell. Und je weiter die Farbe zu **rot** wechselt, desto langsamer ist dieses Geld.



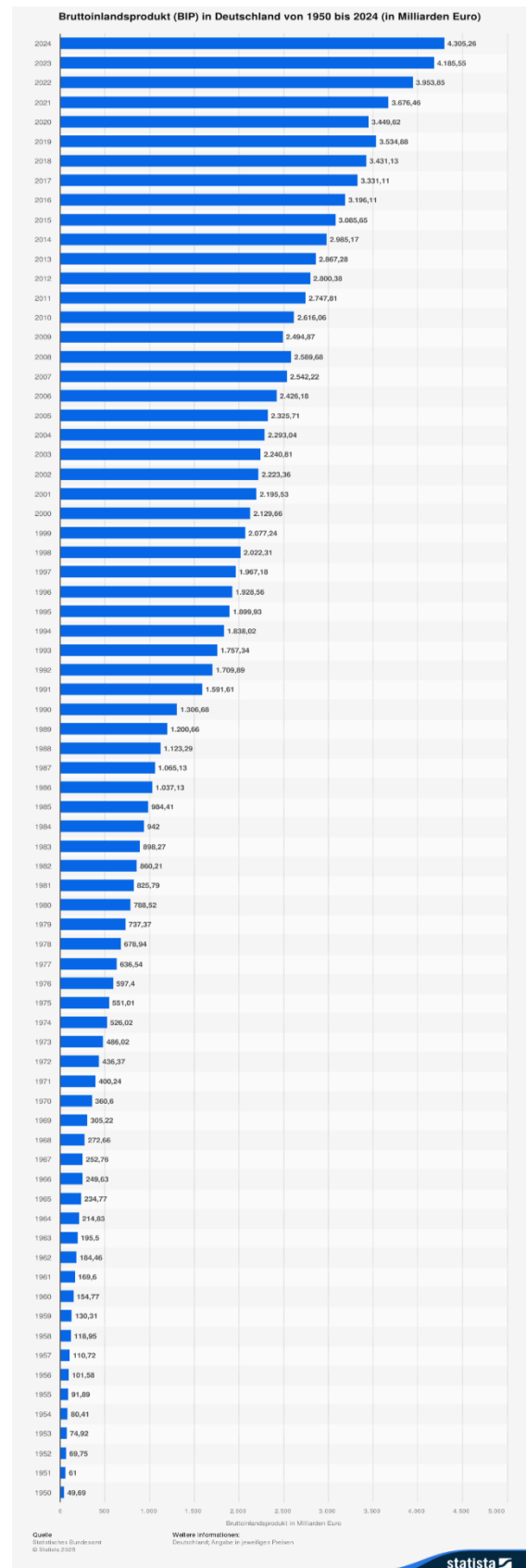
Wir vertiefen dies gleich unter einem weiteren Gesichtspunkt:

5.4.5. Geheimnis Konjunktur

Die Begriffsdefinitionen zu dem Ausdruck Konjunktur sind oft unklar und teilweise widersprüchlich, weil damit manchmal die Wirtschaftslage an sich und manchmal die (zyklische) Veränderung der Wirtschaftslage gemeint wird. Bei Bofinger heißt es zu Konjunktur: „Zyklische Auf- und Abwärtsbewegung der Wirtschaftstätigkeit um das langfristige Trendwachstum herum. Als Bezugsgröße für die Konjunkturanalyse die das reale *Bruttoinlandsprodukt* (BIP). Einen vollständigen Bewegungsablauf von Aufschwung über Abschwung bis zum nächsten Aufschwung nennt man einen Konjunkturzyklus.“⁵⁵

Vielleicht hilft die Information über die Herkunft des Ausdrucks Konjunktur weiter, dazu Wahrig Herkunftswörterbuch: „Die Konjunkturaussichten stehen für die meisten nicht seherisch begabten Menschen etymologisch korrekt ‚in den Sternen‘ – denn eben darauf bezog sich das Substantiv Konjunktur in seinen Ursprüngen. ... Die Konjunktur leitet sich zunächst von einem lat. Partizip Perfekt, coniunctus, ab und kommt, wie der in Astrologie und Sprachwissenschaft gebräuchliche Begriff Konjunktion, von dem lat. Verb coniungere ‚zusammenbinden, verknüpfen‘. Zunächst bedeutete Konjunktur ‚Konstellation, Stellung zweier Planeten‘, später glaubte man zu erkennen, dass diese Planetenstellung Geschehnisse beeinflusst. So wandelt sich die Bedeutung zu ‚Wirtschaftslage mit bestimmter Tendenz‘.“⁵⁶

Wir verstehen in dieser Studie unter Konjunktur die Wirtschaftslage an sich und nicht deren Zyklus. Wenn wir den Zyklus meinen, dann sagen wir Konjunkturzyklus. Wenn wir den Aufschwung oder Abschwung der



⁵⁵ Bofinger, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 2020, S. 688. Vgl. auch <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/konjunktur-37751> und <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19808/konjunktur/>.

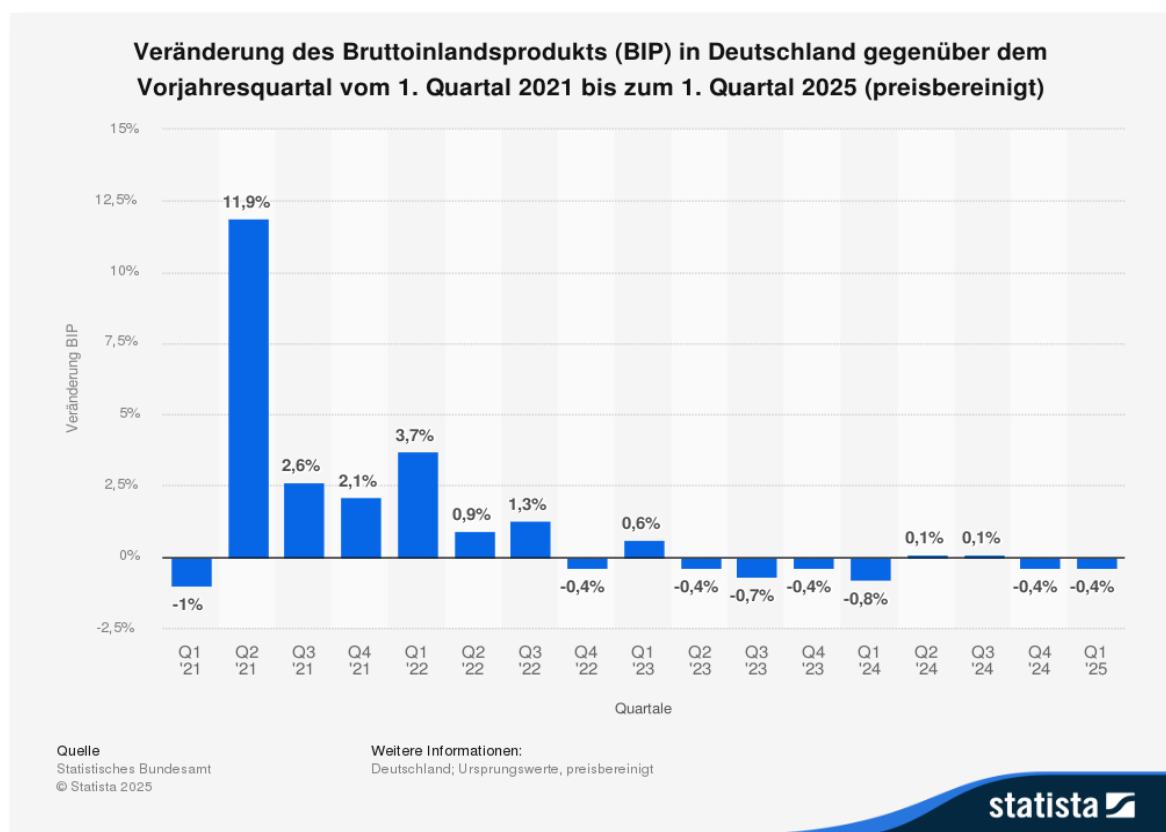
⁵⁶ <https://www.wissen.de/wortherkunft/konjunktur>.

Konjunktur meinen, dann sagen wir auch Konjunkturaufschwung bzw. Konjunkturabschwung.

Wenn wir Konjunktur lediglich als **BIP** verstehen, dann müssten wir annehmen, dass die Wirtschaftslage in Deutschland noch nie so gut war wie heute. Denn das BIP war, wie nebenstehendes Diagramm⁵⁷ zeigt, seit 1948 noch nie so groß wie heute. Wenn das richtig wäre, warum lobt man dann die 1950er und 1960er Jahre für ihr „Wirtschaftswunder“? Damals hatte das BIP nur einen Bruchteil der Größe des BIP von heute.

Indes befindet sich Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamts in einer „schwierigen konjunkturellen Lage und ist in den letzten beiden Jahren in eine Rezession gerutscht.“⁵⁸ Auch überschlagen sich seit einigen Jahren die negativen Nachrichten aus Deutschland über Massenentlassungen und Insolvenzen von Unternehmen.⁵⁹

Ist etwa nur ein BIP relevant, in welchem – wie im folgenden Diagramm⁶⁰ – die Daten um die Preisveränderungen korrigiert (bereinigt) sind?



⁵⁷ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4878/umfrage/bruttoinlandsprodukt-von-deutschland-seit-dem-jahr-1950/>.

⁵⁸ <https://de.statista.com/themen/4862/konjunktur-in-deutschland/>.

⁵⁹ <https://search.brave.com/news?q=Massenentlassung%20Insolvenz%20Unternehmen>.

⁶⁰ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157215/umfrage/veraenderung-bruttoinlandsprodukt-saison-und-kalenderbereinigt/>.

Hiernach sieht die Konjunktur seit dem 4. Quartal von 2022 zwar nicht gerade rosig aus. Die oben angesprochenen zahlreichen negativen Wirtschaftsnachrichten lassen sich damit alleine aber dennoch nicht plausibel erklären.

Den Konjunkturverlauf verstehen wir nur, wenn wir die oben gezeigte Dynamik im Geldfluss unserer Volkswirtschaft – insbesondere im Hinblick auf die genannten drei Gruppen von Wirtschaftsteilnehmern (Gruppe-Null, Gruppe-Wachstum und Gruppe-satt) im Zusammenspiel mit der Zentralbank verstanden haben.

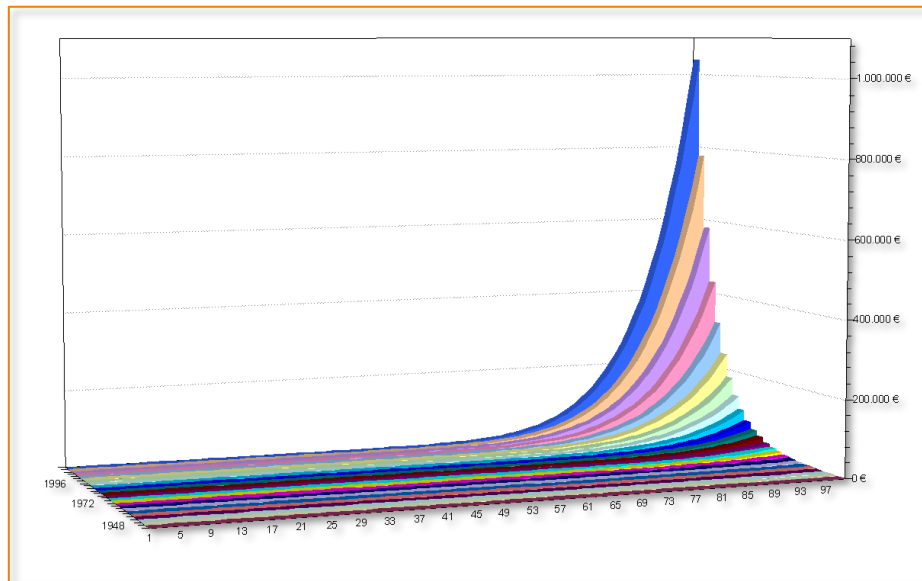
Die Konjunktur hängt heutzutage nicht vom Zustand der Güterseite unserer Volkswirtschaft ab, sondern fast ausschließlich vom Zustand der Geldseite. Und der ist – auch im Vergleich zur Lage in den 1950er und 1960er Jahren (Wirtschaftswunder) – katastrophal.

- Die **Gruppe-Null** leistet den ihr maximal möglichen Beitrag zu unserer Konjunktur, denn sie gibt in der Regel ihr gesamtes Geld bis spätestens zum Monatsende aus. Ohnehin ist deren Budget gering. Sie ist auch von Kreditaufnahmen abgeschnitten. Hier sind die offenen Wünsche nach Gütern unserer Volkswirtschaft am größten. Eigene Kapitaleinkünfte sind hier nicht vorzufinden. Im Laufe der Zeit wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gruppe-Null im Vergleich zur wachsenden Geldmenge immer geringer. Ein Aufstieg von Mitgliedern dieser Gruppe in die Gruppe-Wachstum ist faktisch höchst unwahrscheinlich.
- Die **Gruppe-Wachstum** sorgt dank höheren Einkommens für mehr Umsatz in unserer Volkswirtschaft und leistet dementsprechend mit ihrem Geld einen höheren Beitrag zum BIP. Sie ist definitionsgemäß auch kreditwürdig und kann daher für ein Wachstum der Geldmenge sorgen. Durch Kredit erlangtes Geld führt naturgemäß auch sogleich zu (weiterem) Umsatz in der Volkswirtschaft. Die Zentralbank steuert den Umfang dieses Geldmengenwachstums (selten auch des Schrumpfens der Geldmenge) mit ihrer Zinspolitik. Kapitaleinkünfte können in geringem Maße vorzufinden sein. Ein Abstieg von Mitgliedern dieser Gruppe in die Gruppe-Null ist Alltag (siehe nur Privat- und Unternehmensinsolvenzen).
- Die **Gruppe-satt** verfügt über das größte Budget und leistet sich schon – wie Ludwig Erhard es formulierte (s.o. S. 2) – jeden Konsum. Von ihr ist daher kein weiterer Beitrag zur Konjunktur (BIP) zu erwarten. Kredite und damit die Schaffung neuen Geldes hat diese Gruppe nicht nötig. Im Gegenteil: sie verleiht ihr überschüssiges Geld an die Kreditinstitute. Diese Gruppe besitzt die größte Menge an gewinnbringendem Kapital und bezieht daher die allermeisten Kapitaleinkünfte. Sie nimmt das Geld schneller ein, als sie es (kaufmännisch sinnvoll) ausgeben kann (Meudaleffekt). Diese Kapitaleinkünfte sind spiegelbildlich die Ausgaben der Gruppe-Null und Gruppe-Wachstum. Damit kommt bei der Gruppe-satt das Geld zum Erliegen.

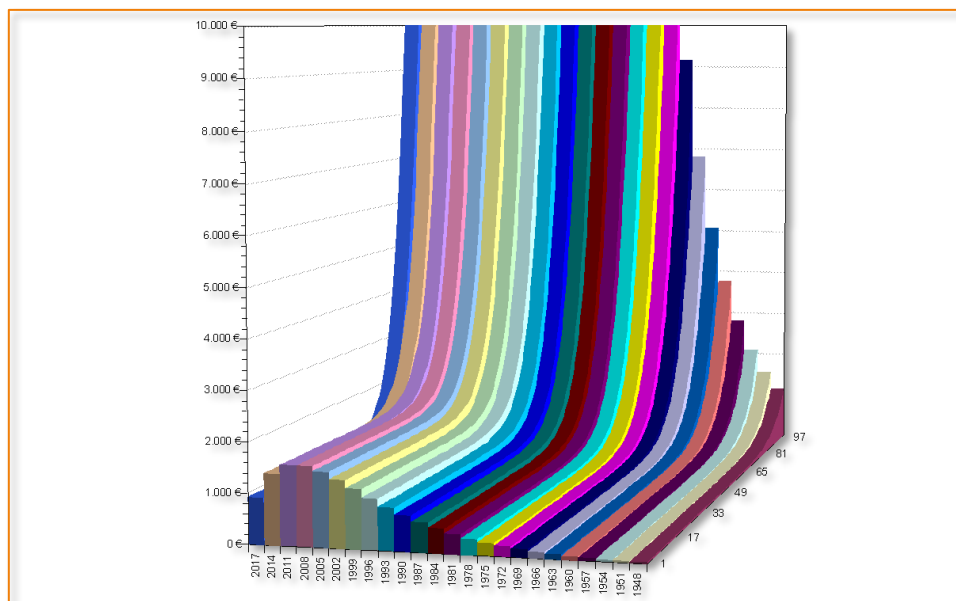
Dieses Zusammenspiel erklärt, dass es in den 1950er und 1960er Jahren ein Wirtschaftswunder gab, obwohl das BIP nur ein Bruchteil von unserem BIP heute war. Die Gruppe-Wachstum war damals zahlenmäßig die weitaus größte Gruppe.

Zu der Gruppe-Null und Gruppe-satt zählten nur sehr wenige Bürger. Heute ist die Gruppe-satt zahlenmäßig, aber vor allem vermögensmäßig deutlich größer als damals. Die mit Abstand größte Verschiebung von Wirtschaftsteilnehmern gab es aber von der Gruppe-Wachstum hin zur Gruppe-Null. Wie gezeigt, glauben heute noch viele Bürger, sie gehörten zur sogenannten Mittelschicht. In Wahrheit gehören die meisten davon zur „kaufkraftbefreiten Unterschicht“, weil ihnen – wie gezeigt – täuschende Statistiken vorgehalten werden.

Die Geldmengenverteilung seit 1948 (näherungsweise)⁶¹



- in der Vergrößerung mit anderem Blickwinkel



In diesem vergrößerten Ausschnitt ist zu erkennen, dass der Geldbesitz bei dem ärmeren Teil der Marktteilnehmer (links bis Mitte) in den letzten Jahren trotz des

⁶¹ KIWIFO, Die Weltwirtschaftskrise, <https://kiwifo.de/weltwirtschaftskrise.htm>.

Geldmengenwachstums schwindet. Das liegt daran, dass der Zufluss des Geldes zu den Reichen (rechts) das Geldmengenwachstum übertrifft.

5.5. Wie erreichen wir „Wohlstand für alle“?

- Braucht es für „Wohlstand für alle“ ein weiteres Wirtschaftswachstum? Nein!
- Braucht es dafür eine höhere Produktivität⁶², etwa die Streichung von gesetzlichen Feiertagen? Nein!
- Braucht es ein anderes „Geldsystem“ (Stichwort Fiatgeld, Kryptogeld)? Nein!
- Braucht es eine „breitgeschichtete Massenkaufkraft“? Ja!

5.5.1. Wir brauchen eine „breitgeschichtete Massenkaufkraft“

Was bedeutet „breitgeschichtete Massenkaufkraft“? „Breitgeschichtete Massenkaufkraft“ ist eine möglichst breite und gleichmäßige Verteilung des existierenden Geldes innerhalb der Bevölkerung und bedeutet, dass möglichst alle Bürger eines Landes trotz Bestreitens ihres Lebensunterhalts und Erfüllung ihrer (bezahlbaren) Wünsche im zeitlichen Mittel eine mittlere Geldmenge (pro Haushalt oder pro Erwachsenen) besitzen.⁶³ Unserer Ansicht nach sollten für eine „breitgeschichtete Massenkaufkraft“ mindestens 90 % der Haushalte bzw. Bürger eine mittlere Geldmenge besitzen. Ein höherer Prozentsatz ist wünschenswert. Nach heutigen Verhältnissen (Geldmenge M2, Zahl der Haushalte) liegt die mittlere Geldmenge bei rund 105.000 € (M2 pro Haushalt).⁶⁴

Ist das Einkommen und damit der Geldbesitz eines Bürgers so hoch, dass er nicht nur seine lebensnotwendigen Ausgaben decken kann, sondern sich auch seine sämtlichen, mit Geld bezahlbaren Wünsche erfüllen kann, dann können wir sicherlich von einem Bürger in Wohlstand sprechen. Ob er auch glücklich ist, soll hier nicht unsere Sorge sein. Bei aktuell rund 105.000 € (reinem Geld) wäre das sicherlich der Fall.

5.5.2. Gefahr der Inflation?

Würde solch eine Verteilung des existierenden Geldes nicht zu einer enormen Inflation führen? Nein! Zum einen ist eine solche Geldverteilung nicht auf einen Schlag möglich, sondern bräuchte lange Zeit. Und ja, geringe Inflation wäre auch

⁶² Kay Gottschalk (früher SPD, jetzt AfD) am 15.05.2025 im Deutschen Bundestag zitiert Helmut Schmidt und Gerhard Schröder: „Wohlstand muss zunächst erarbeitet werden. Und dann kann er verteilt werden. Er fällt nicht vom Himmel.“

(<https://www.youtube.com/watch?v=EeFOzQggcYI>). Diese These ist völlig schief und irreführend. Güter müssen erzeugt werden, richtig. Aber das ist heutzutage nicht das Problem. Güter werden vor allem aber nicht „verteilt“ (wie etwa bei der Essenverteilung in Entwicklungsländern). Die Verteilung geschieht über den Markt und setzt einen funktionierenden Geldfluss voraus!

⁶³ Dabei sind – wie bei all unseren Studien zu Geldmengen – die Gelder im Eigentum von juristischen Personen (also auch von Unternehmen) den jeweiligen Eigentümern (natürlichen Personen) anteilmäßig zuzurechnen; denn die Gelder von Unternehmen (juristischen Personen) gehören letztlich den Eigentümern der Unternehmen (natürlichen Personen).

⁶⁴ KIWIFO, Newsletter 05.05.2025, https://kiwifo.de/index_html_files/05.05.20251.htm.

dann zu erwarten. Aber: die Inflation ist – wie wir oben gesehen haben – auch der Weg, zahlreiche kleine Unternehmer zum Besitz einer mittleren Geldmenge hinzuführen! Zum anderen würde sich die Geldmenge auch verringern. Sämtliche Kreditnehmer (die staatlichen Körperschaften in der Folge auch!) würden ihre Kredite zurückzahlen. Damit verringert sich die Geldmenge. Dafür – und für die Verhinderung von übermäßiger Inflation (über 2 %) – wird auch die Zentralbank mit ihrer Zinspolitik sorgen (wenn sie denn korrekt arbeitet).

5.5.3. Die Gesamtgeldmenge ist unerheblich

Für eine gesunde Konjunktur und für Wohlstand für alle kommt es – wie wir an den 1950er und 1960er Jahren sehen können – nicht auf die absolute Höhe des Geldbesitzes der Marktteilnehmer bzw. Haushalte an, sondern auf das Verhältnis des Geldbesitzes jedes Haushalts zur mittleren Geldmenge pro Haushalt.

Wir wiederholen: Das Postulat von Ludwig Erhard, für eine „breitgeschichtete Massenkaufkraft“ zu sorgen, ist richtig und sollte bei den wirtschaftspolitischen Zielen eines Landes an oberster Stelle stehen!

5.5.4. „Breitgeschichtete Massenkaufkraft“ ja! Aber wie?

Zunächst liegt es an jedem einzelnen Bürger selbst, der noch nicht über ein Einkommen verfügt, das ihm eine mittlere Geldmenge pro Haushalt sichern würde.

***Es gilt das Motto:
Jeder muss nach einer mittleren Geldmenge streben!***

Da dies für die meisten mit Einkommen aus eigener Arbeit nicht zu erreichen ist (nicht jeder hat das Arbeitseinkommen eines Managers oder Bundestagsabgeordneten), muss jeder Bürger sein Einkommen durch Kapitaleinkünfte verbessern. Das bedeutet: Von den Reichen lernen! Denn die leben fast nur von Kapitaleinkünften. Es gilt:

Jeder muss sein Einkommen durch Kapitaleinkünfte verbessern!

Dazu ist freilich der Erwerb von gewinnbringendem Vermögen erforderlich. Wir verweisen dazu auf unsere Studie „Die Altersrente“, 2024, S. 6 ff.⁶⁵ Wichtig ist – wie auch sonst im Geschäftsleben –, dass man sich vor Betrügern in Acht nimmt. Wichtig ist auch, dass man nur solche Kapitalanlagen erwirbt, die man auch vollständig versteht. Andernfalls erkennt man die Risiken nicht und weiß auch nicht, sein Vermögen aus Gefahren zu retten.

⁶⁵ <https://kiwifo.de/altersrente.htm>.

Jeder muss mit einem Teil seines Einkommens gewinnbringendes Vermögen erwerben.

Zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland war die Vermögensbildung der Bürger ein großes Thema. Die damaligen beachtlichen, staatlich geregelten „vermögenswirksamen Leistungen“ sind heute zu einer Farce verkommen.

Sollte das Vorstehende sich je in der Bevölkerung (einschließlich der Politiker) herumgesprochen haben, sodass jeder erwachsene Deutsche nach Kräften danach handelt, dann wird man bald feststellen, dass der größte Teil des existierenden oder noch zu schaffenden, gewinnbringenden inländischen Vermögens gar nicht erworben werden kann, weil ihre Eigentümer den Verkauf verweigern. Es nützt nichts, wenn ein „kleiner Mann“ einem anderen „kleinen Mann“ dessen gewinnbringendes Vermögen abkauft. Dies ist ein neues, durchaus lösbares Problem, welches aber den Rahmen der Studie hier endgültig sprengen würde. Bei den politischen Parteien ist dieses Problem ohnehin noch nicht ins Bewusstsein gedrungen. Sollte das je geschehen, werden wir nachliefern.

6. Ausblick

Die Masse der Bürger, die dringend eine höhere Kaufkraft benötigt, um für Wohlstand für alle zu sorgen und um unsere Volkswirtschaft wieder in Fahrt zu bringen, wird aus eigenem Antrieb ihre prekäre Lage nicht angehen oder gar lösen.

Ob die Politik – ob die eine oder andere relevante Partei – die dargelegte Problematik erkennen und aufgreifen wird, um sie zu lösen, ist (derzeit) nicht zu erkennen.

Es sollte auch deutlich geworden sein, dass – entgegen vieler anderslautender Stimmen – die Zentralbank(en) die hier aufgezeigte Problematik des Verfalls unserer Volkswirtschaft nicht lösen kann. Sie soll wie (zumeist) in der Vergangenheit ihrem „vorrangigen“ Auftrag nachgehen, für Preisstabilität zu sorgen.

Damit wird die aufgezeigte, seit der Währungsreform 1948 andauernde schleichende Verarmung der großen Mehrheit der Bevölkerung und des daraus folgenden Verfalls unserer Volkswirtschaft weitergehen, ohne dass von der Politik mögliche und wirksame Maßnahmen dagegen getroffen werden. Wir werden – wie schon in den 1920er Jahren und wie in den Jahrhunderten davor – wieder in eine Zweiklassengesellschaft aus einer „dünnen Oberschicht“⁶⁶ und einer sehr breiten kaufkraftbefreiten Unterschicht driften, die früher oder später – auf andere Weise – wieder zerfallen wird.

⁶⁶ Ludwig Erhard (siehe oben S. 2).